

Friede den Menschen auf Erden



Valentin J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

– guten Willens!

So lautet im Kern die Weihnachtsbotschaft. Und laut Lukas 2/14 riefen die Engel den Hirten zu: **«Alle Ehre gehört Gott im Himmel! Sein Frieden kommt auf die Erde zu den Menschen, weil er sie liebt!»**

So gerne möchte ich heute meine Betrachtung ganz diesen Aussagen widmen. Ist es doch offensichtlich, dass überall, wo sich der Mensch zum Mass aller Dinge macht, der Zustand des Friedens weit weg ist; überall wo Führerfiguren (Diktatoren oder Präsidenten) oder geheime Klüngel (von Bilderbergern bis Oligarchen und Beherrschern militärisch/industrieller Komplexe und Grosskonzerne) das Schicksal der Menschen bestimmen, der tiefste Unfriede, ja Verzweiflung herrscht.

POSTCODE 1

AZB 3806 Bönigen

Herrschaft und Geltungssucht (insbesondere der Wissenschaftler!) bringen die Menschheit an den Rand einer Totalkatastrophe. Wenn behauptet wird, durch die Einführung des

Weihnachtsfestes habe die römische Kirche seinerzeit das Christentum gerettet, so wäre heute eine Grosstat aller gottgläubigen Religionsgemeinschaften überfällig, um die Menschheit vor dem Niedergang zu bewahren.

Als 1989 die Sowjetunion als zweites Machtzentrum neben der USA zusammenbrach, damit die Voraussetzung des Rüstungswettlaufes und der permanenten Kriegsdrohungen hinfällig wurde, ging ein weihnächtliches Hoffen durch die ganze Welt. Jetzt – so dachte man – könne man die Ausgaben für die Armeen abbauen; die entstehende Friedensdividende von einigen Dutzenden, ja Hunderten Milliarden Dollar zur Schaffung einer solidarischen Weltgemeinschaft einsetzen.

Hans Küng brachte 1990 sein Buch «Projekt Weltethos» heraus. Ein Buch voller Optimismus und scharfsinnigen, konkreten Vorschlägen, was zu tun sei. Von seinen «postmodernen Forderungen» seien hier einige wenige zitiert:

– **weg** von den Strukturen, die Hunger, Entbehrungen und Tod verursachen;

– **weg** von einer Welt, in der Menschenrechte verletzt und Menschen gefoltert und isoliert werden;

– **weg** von Krieg und Ideologien, die das Göttliche in jedem Menschen missachten;

– **weg** von der Vergötzung, sowohl der konkreten Strukturen der Gewalt wie des Militarismus;

– **weg** von den destruktiven Folgen der für die Rüstung heute ausgegebenen Riesensummen;

– **weg** von einer Situation, in der der Einsatz des Militärs oder die Drohung, es einzusetzen, notwendig erscheint, um die Menschenrechte zu bewahren oder durchzusetzen.

Notwendig ist eine friedensfördernde Weltordnung!



Und an anderer Stelle fordert Küng optimistisch:

– **weg** von der Herrschaft des Menschen über die Natur;

– **weg** von einem Lebensstil und aus wirtschaftlichen Produktionsweisen, die die Natur schwer schädigen;

– **weg** von einem Individualismus, der die Integrität der Schöpfung zugunsten privater Interessen verletzt.

Notwendig ist eine naturfreundliche Weltordnung!

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

4 Die SVP erlebte ihr «Marignano»

5 Gehirnwäsche am Staatsfernsehen

6 Wider den «Grundrechtismus»

7 Morgen ist es ein anderes Land

9 Aus den Kantonen

Friede den Menschen auf Erden – guten Willens!

Fortsetzung von Seite 1

Es bleibt Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, überlassen, zu überlegen, wer und wo auch heute – Weihnachten 2007 – noch immer am schlimmsten gegen alle diese Forderungen verstossen wird!

Der Teufel geht umher wie ein brüllender Löwe und sucht, wen er verschlinge!

Es besteht kein Zweifel, die Menschheit hat im 20. Jahrhundert enorm viele Innovationen im technisch/wissenschaftlichen Bereich erlebt, sodass viele der grossen Menschheitsprobleme mit Aussicht auf Erfolg angegangen werden könnten. Aber ...

...es ist so, wie der deutsche Politiker Heiner Geissler – ehemals Generalsekretär der CDU – in der Wochenzeitung «Die Zeit» schrieb:

«In der globalen Wirtschaft herrscht die pure Anarchie. Die Gier zerfrisst den Herrschern die Gehirne.»

Und wie sich Paul Wolfowitz, bis Mitte 2007 Chef der Weltbank und seinerzeit einer der schlimmsten Kriegshetzer zur Auslösung des völkerrechtswidrigen Irakkrieges outete: Zitat:

Zur Umsetzung des globalisierungsfreundlichen Emissionsmarktes mit CO₂-Emissionen sollen die neuen Industriestaaten Brasilien, China, Südafrika, Indien, Mexiko gezwungen werden, die von den Globalisierern vorgegebene Energiepolitik zu befolgen.

Anzeige

Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 988 50 88
Telefax 071 988 67 61

Entweder sie fügen sich in die neue Weltordnung oder es kommt zu einem Krieg, der zu ihrer erzwungenen Eingliederung in die globale Weltordnung führen wird.»

Hinter diesem Emmissionsmarkt zur Rettung vor dem «naturgegebenen Klimawandel» stehen 85 Konzerne – vorwiegend aus dem angelsächsischen Raum – die schon heute ein Milliarden-Geschäft wittern. Als nächstes werden die gleichen Kreise die Trinkwasser-Versorgung der Weltbevölkerung global bewirtschaften.

Nun gibt es aber doch Menschen, die sich für die Identität des eigenen Volkes wehren, die ihre hergebrachten Traditionen und ihre religiöse Überzeugung entgegen den Forderungen der Globalisierer bewahren wollen. Wie mit solchen «Verbrechern» umgegangen werden soll, kann man im Buch «Blueprint for action» des Thomas P.M. Barnett nachlesen. Barnett ist einer der führenden Geostrategen der USA, der mit brutaler Offenheit über die imperialistischen Pläne der USA in zwei Büchern berichtete. Dort steht unter anderem, Zitat: **«Sollten sie Widerstand gegen die globale Weltordnung leisten, fordere ich: Tötet sie!»**

Mit dieser Aufforderung können sich Thomas Barnett samt seinen Auftraggebern nahtlos in die Reihe berüchtigter Völkermörder eingliedern, die im Laufe der Geschichte zur Vernichtung von Menschengruppen aufgerufen haben, nur weil diese anderen Glaubens, anderer Überzeugung, anderer Meinung waren oder ihrem Streben nach Weltmacht ganz einfach nur im Wege standen.

Was wollen denn die Globalisierer wirklich?

Sie wollen Macht, Profit, Gewinn, Macht und nochmals Macht! Und sie bieten der Jugend «eine bessere Zukunft mit mehr Spass». Ziemlich dürftig, wenn dafür alle sittlichen Werte, jede Moral und Ethik, alle über das irdische Leben hinausgehenden Ziele über Bord geworfen werden sollen.

Nach Th. Barnett ist **«die Globalisierung ein Zustand gegenseitig gesicherter Abhängigkeit. Es ist in Kauf zu nehmen, dass die eigene Zukunft durch die Aussenwelt bestimmt wird, die eigenen Traditionen in Vergessenheit geraten, dass importierte Waren den Inlandmarkt überfluten und die eigenen Erzeuger entweder in diesem Konkurrenzkampf bestehen oder eben untergehen.»**

Vier zentrale Forderungen müssen erfüllt sein:

- Die Einwanderung muss – unbehindert durch nationale Interessen – sichergestellt sein.
- Erdöl und Erdgas müssen unbeschränkt zur Verfügung stehen. Deren Besitzer – also die Oelstaaten (auch Russland!) sind mit militärischer Gewalt – wenn nötig – zu zwingen, alle Bedürfnisse zu befriedigen.
- Die Geldströme dürfen in keiner Weise behindert werden.
- Die amerikanischen Sicherheitskräfte dürfen überall auf der Welt eingreifen, wo die «Spielregeln» verletzt werden.

Oder anders ausgedrückt: Die Globalisierer fordern die Vermischung aller Völker, damit die neu entstehenden Massen von Humanressourcen mobil, flexibel und vor allem widerstandslos den Befehlen ihrer globalen Herren folgen mögen. Sie streben nach einem einzigen Ideal, einem einzigen irdischen Lohn, nämlich nach dem Erwirtschaften des maximalen Profites! Sittliche Werte kennen sie nicht.

Sie rechnen mit dem Widerstand von «Schurkenstaaten» samt ihren unbelehrbaren, ewiggestrigen, nationalen politischen Führern, die noch an Werten und Traditionen hängen, und von glaubensfanatischen «Terroristen», das sind all jene, die weder bereit sind – ihre Natur-, Kultur- und Bodenschätze dem «freien Spiel des Weltmarktes» auszuliefern – noch auf das Überleben ihrer Völker als freie und eigenständige Nationen zu verzichten. Solchen nationalen Widerstand wollen die Globalisierer mit allen Mitteln brechen.

Doch zurück zur Weihnachtsbotschaft! Wie wir aus dem Neuen Testament wissen, hat Jesus in den drei Jahren seiner Lehrtätigkeit in zahlreichen Bildern Verhaltensregeln für ein gutes, Gott wohlgefälliges Leben gegeben. Nach den obigen Schlaglichtern auf die heutige geopolitische Situation mag es tröstlich sein, einige Verse aus der Bergpredigt ins Bewusstsein zu rufen. Dort steht in Matthäus 5/4ff:

- Freuen dürfen sich alle, die unter der Not der Welt leiden; denn Gott wird ihnen ihre Last abnehmen.
 - Freuen dürfen sich alle, die keine Gewalt anwenden, denn Gott wird ihnen die Erde zum Besitz geben.
 - Freuen dürfen sich alle, die barmherzig sind, denn Gott wird auch ihnen barmherzig sein.
 - Freuen dürfen sich alle, die Frieden schaffen, denn sie werden Gottes Kinder sein.
- Mir scheint, dass damit Hinweise gegeben sind, die als Leitlinien für

unser politisches Handeln dienen können. Nach den Erfahrungen im politischen Kampf um die Erhaltung unserer Heimat mag uns Vers 11 speziell wichtig sein:

– Freuen dürft ihr euch, wenn man euch beschimpft und verfolgt und euch zu Unrecht alles Schlechte nachsagt, weil ihr zu mir gehört.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine gesegnete Weihnacht und ein glückliches neues Jahr!

Schuld bei der Armee?

Bei den tödlichen Schüssen in Zürich-Höngg wird leider bei der Armee die Schuld gesucht. Bei einem solch schrecklichen Ereignis muss doch zuerst der Täter genauer unter die Lupe genommen werden.

Bereits wurde bekannt, dass der Schütze ein Schweizer chilenischer Abstammung ist. Wäre diese Person nicht eingebürgert worden, so hätte er diese Tat nicht als Soldat der Schweizer Armee verüben können. Es ist somit abzuklären, unter was für Kriterien dieser Täter eingebürgert worden ist. Auf keinen Fall ist unsere Armee auch noch für Einbußen und deren Folgen verantwortlich.

Kurt Koller, Lichtensteig/SG

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralpräsident, Bern (CR)

Rudolf Keller, Präsident
SD Basel-Land, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. Dragan J. Najman, Baden

Friedrich Auf der Maur, Volketswil

Ende der Lex Koller

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!



Seit langem planen unser Bundesrat und die mit ihm verschworenen internationalistischen Kräfte, die nur auf ihren eigenen Profit bedacht sind, die Aufhebung der Lex Koller. Nur die Schweizer Demokraten (und früher die Nationale Aktion) konnten bisher eine Aufhebung der Lex Koller, und damit einen kompletten Ausverkauf der Heimat ans Ausland, verhindern. Zu diesem Thema fand ich im Teletext vom 13. November 2007 folgenden Text (wörtliches Zitat):

Aufhebung der Lex Koller verzögert sich

«Die Raumplanungskommission UREK des Nationalrats weist die Aufhebung der Lex Koller an den Bundesrat zurück. Sie fordert griffigere Massnahmen gegen die Bodenspekulationen und einen überbordenden Zweitwohnungsbau. Wie der Bundesrat denkt auch die UREK, dass es die Lex Koller, die den Grundstückserwerb durch Aus-

länder beschränkt (bzw. beschränken sollte, die Red.), nicht mehr brauche. Die Problematik des Zweitwohnungsbaus hat laut UREK-Präsidentin Barbara Marty Kälin (SP/ZH) mit der Nationalität nichts zu tun. Der Bundesrat soll nun u.a. die Einführung einer Mindestwohnsitzdauer für den Erwerb von Grundeigentum prüfen.» So gut, wie der Anfang dieser Meldung tönt, so katastrophal erscheint sie als Ganzes. Bundesrat und Raumplanungskommission des Nationalrats stört also keineswegs der Ausverkauf der Heimat an Ausländer, sondern «nur», dass die Zweitwohnungen zu wenig genutzt würden. Nach meiner Meinung kann die Seriosität unserer sogenannten «Landesväter» bald nicht mehr weiter sinken. Diese werden immer mehr zu Managern, denn sie handeln nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung.

Dr. Dragan Najman, Baden

Anzeige

SD-Marktplatz

Hiermit steht unseren Leserinnen und Lesern ein besonderes Angebot zur Verfügung. Suchen Sie etwas? (ein Handörgeli oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie uns ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text muss kurz und aussagekräftig sein! Diese Kleininserate erscheinen maximal zweimal im «Schweizer Demokrat» und sind für die SD-Familie gratis. Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktauf-

nahme die Telefonnummer des/der Auftraggeber/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch erlaubt (z.B. Postadresse, E-Mail).

Bei ganz persönlichen Dingen ist ein Chiffre-Inserat von Vorteil. In diesem Fall bitte Ihrer Briefsendung an uns Fr. 10.– (Note) beilegen. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz, Postfach 1531, 4001 Basel
Tel. 061 262 03 04
Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Wer sucht, der findet!

ZU VERKAUFEN:

Alcantara-Damen-Kunstledermantel, Grösse 48, grau-blau, sehr gut erhalten, günstiger Preis: Nur Fr. 600.–
Telefon 044 272 61 19

Heraldiker-Utensilien (Wappemaler): Wappenbücher, Wappensammlungen, Rahmen, Blei, Farben, Glas, Glasschleifer, Brennofen, usw.
Telefon 052 657 35 67

Geschwisterwagen mit Bébé-Tragtasche (Kinderwagen für 2 Kinder), blau-carré, neuwertig. Neupreis Fr. 488.–; jetzt Fr. 200.–.
Telefon 061 692 83 34

Topflappen, Baumwolle, gehäkelt, ca. 22 x 22 cm (1x Schweizer Kreuz, 1x uni rot). Pro Paar Fr. 22.–; auch andere Motive vorrätig.
Telefon 056 249 33 94,
E-Mail l.wiederkehr@bluewin.ch

PKW, Toyota, Mod. Starlet 1300, Limousine, weiss, Automat, 1991, 130 000 km, 5-Plätzer, 3-türig, unfallfrei, sehr guter Zustand, z. Z. in Einstellhalle in Basel, Preis Fr. 1700.–.
Telefon 061 272 96 02

GESUCHT:

Leiterwägeli, egal welcher Zustand. Region Basel.
Telefon 079 756 97 68

STELLENSUCHE:

Als rückkehrender Ausland-Schweizer suche ich in Amriswil und Umgebung oder Ostschweiz Arbeit. Letzte Tätigkeit in Berlin als **Diversionspädagoge und Schulstationsleiter** an einer Realschule (Sek). Erfahrungen: Schulpsychologischer Umgang mit Jugendlichen. Organisation von Veranstaltungen. Ehemals auch Verkauf von Unterhaltungselektronik und Nutzfahrzeugen.
Offen für neue Tätigkeiten.
Telefon 071 411 00 50 oder 077 439 23 54
zimmerspeed@bluewin.ch

Gelernter, berufserfahrener **Schlosser**, 51, sucht neues Wirkungsfeld in Basel oder Umgebung. Auch als Monteur angenehm.
Telefon 079 446 83 45

Gelernter Automonteur, 27, Basel, sucht **Stelle als Betriebsmitarbeiter, Chauffeur o.ä.** in der Region NWS. Auch Schichtbetrieb angenehm.
Telefon 079 335 58 50

BESTELLTALON

«Von der Krankenindustrie zum Gesundheitswesen», 71 Minuten über Sinn und Unsinn des Geschäftes mit der Krankheit. Autor Martin Frischkecht, El. Ing. HTL
 Preis CD Fr. 11.– / MC Fr. 6.– (zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten)



Bitte senden Sie mir: _____ Ex. CD _____ Ex. MC

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____ Telefon: _____

Einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern,
 Fax 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Ständeratswahlen vom 25. November in den Kantonen ZH und SG

Die SVP erlebte ihr «Marignano»*!

Bei den Nationalratswahlen gewann die SVP mehr zusätzliche Sitze und Wähleranteile als sich selbst deren Parteiführung «ausgerechnet» hatte. Im Nationalratswahlkampf wurden – um gut abzuschneiden – alle möglichen und gar fragwürdigen Tricks und «Gags» eingesetzt (Diskussionen um den sogenannten «Geheimplan» für die Absetzung von BR Ch. Blocher, SVP-Demo in Bern, Werbefilm mit «pöbelnden» Jugendlichen, welche nicht einmal wussten, dass sie beim SVP-Wahlkampf eingespannt wurden, usw.). Da glaubte doch die SVP-Spitze, auch noch je einen Zürcher- und St. Galler-Ständeratssitz mit strammen Parteimännern besetzen zu können. Dabei verrechneten sich die Parteiverantwortlichen aber massiv; das Debakel vor auszusehen. Fazit: Verena Diener gewann die Wahl im Kanton Zürich mit einem Vorsprung von fast 30 000 Stimmen!

Die Kantone Zürich und St. Gallen gelten als Hochburgen der SVP. Insbesondere die Nichtwahl von Ueli Maurer wirkt bei der SVP-Spitze sehr schmerzhaft. Da wurde im bevölkerungsreichsten Kanton der Schweiz mit dem erfolgsvorwöhnten Ueli Maurer nicht nur eine zentrale Führungsperson der SVP nicht gewählt, nein, der SVP gelang es nicht einmal ihren bisher – durch den ausscheidenden Ständerat Hans Hofmann – gehal-

tenen Sitz in der Kleinen Kammer zu verteidigen. Da meinten SVP- und FDP-Grössen im Kanton Zürich, dass sich erneut eine «bürgerliche» Doppelvertretung durchdrücken liesse. Aber bitteschön: Das kantonalzürcherische Wählerspektrum sieht bei einer seriösen Betrachtungsweise doch etwas «breitgefächerter» aus! Bildlich gesprochen hat da der böenartige Regen dem Bauern Ueli gar seine Kartoffeln weggespült!

Grössenwahn kommt vor dem Fall

Ahnte denn Ueli Maurer nicht, dass seine Person, ein Hardliner der SVP, dem Wahlkampf rasch eine besondere Dimension geben würde? Ein Parteipräsident mit seinem «Format» kommt halt bei vielen Leuten gar nicht gut an, da er eben polarisiert. Und wenn dieser «Ueli» während der vorangegangenen vier Jahre meist als «böser» Wolf daherkam/dargestellt wurde, kann er nun nicht plötzlich – vier Wochen vor der Ständeratswahl – das Schneewittchen mimen!

Politische und gesellschaftliche Realität erkannt

Alt Regierungsrätin Verena Diener, Grünliberale Partei/GLP, ist nicht nur eine bekannte und gereifte Persönlichkeit. Sie hat offensichtlich ein Gespür für Machbares in der Politik. Zugegeben – der seinerzeitige Entscheid für die Schliessung mehrerer Spitäler im



Schlacht von Marignano – Beginn der schweizerischen Neutralitätspolitik.

Kanton Zürich haben ihren «Freundeskreis» nicht unbedingt erweitert (man kann zur Problematik auch eine andere Meinung vertreten!). Sie bewies aber mit ihrem Handeln, dass sie auch unangenehme politischen Themen aufgreifen – und Lösungen präsentieren kann. Mit ihrem 12 Jahre dauernden Engagement im Zürcher Regierungsrat hat sie einen politischen und menschlichen «Rucksack» erworben, der ihr ohne Wenn und Aber im «Ringeln» um das Ständeratsmandat zugute kam. Ihr Auftreten in Streitgesprächen war ganz einfach glaubwürdiger als jenes des Mitbewerbers. Als «starke» Frau und Kandidatin der Mitte profitierte Verena Diener letztlich von einem grossen Vorteil: Sie war für breite Bevölkerungsschichten wählbar!

Demgegenüber hat sich Ueli Maurer völlig verrechnet: Er glaubte – noch in den Startlöchern zum Ständeratswahlkampf – gegen die unerfahrene, junge und doktrinär denkende SP-Vertreterin Chantal Galladé antreten zu können. Bei einer solchen Gegnerin hätte er vielleicht Wahlchancen gehabt. Doch bei der «Herzdame» Verena Diener konnte er nicht einmal mehr seinen sonst gefürchteten Zweihänder zum Schlag ansetzen. Er stand auf verlorenem Posten!

Denkzettel verteilt?

Nach den für die SVP sehr erfolgreich verlaufenen Nationalratswahlen (plus 2,3% Wähleranteil = plus 7 Mandate!), erklärte Ueli Maurer seinen Rücktritt als SVP-Präsident auf Frühling 2008. Im PR-Bereich wolle er sich – nebst seinen politischen Aktivitäten – beruflich entfalten, erklärte er. Bezüglich «Public Relation» musste Ueli Maurer aber unbedingt einen Nachhilfekurs belegen: Originalton Maurer: «Wenn ein bürgerlicher Wähler eine Linke wählt, nur um einem unliebsamen bürgerlichen Kandidaten einen Denkzettel

zu verpassen, dann ist er kein bürgerlicher Wähler!». Vermutlich gibt die SVP in Kürze «Urkunden» ab für den zertifizierten bürgerlichen Wähler. So weit sind wir nun schon! Wer hat denn die Freisinnigen als «Wechsinnige» betitelt? Wo bleibt da die Achtung vor dem politischen Gegner? Eines ist nach diesem Wahlgang auch erkennbar: Es wurden alte Rechnungen beglichen!

SVP-Kantonalpräsident Hansjörg Frei sparte am Wahlsonntag auch nicht mit Vorwürfen gegenüber dem Bündnispartner FDP, da deren Basis offenbar nicht so wählte, wie dies von der FDP-Führung (pro Maurer) gewünscht – aber von der FDP-Delegiertenversammlung nicht eben «glanzvoll» bestätigt worden war.

Maurers Ständeratswahlkampf entpuppte sich – dies im Vergleich zum Nationalratswahlkampf der SVP – als sehr lauwarm. Vermutlich hat er seine Niederlage schon bald mal kommen sehen. Die Opposition gegen Ueli Maurer regte sich im Kanton immer mehr. Vom Markenzeichen der SVP in Wahlkämpfen – «immerzu mit Vollgas!» – war letztlich nicht mehr viel zu vernehmen. Hat dieser defensiv geführte Wahlkampf der SVP die eigenen Aktivisten und Wähler etwa auch noch demoralisiert oder sind bestimmte SVP-Kandidaten für gewisse politische Ämter gar nicht tauglich?

Toni Brunner hat gepunktet

Der 33-jährige St. Galler SVP-Nationalrat trat im ersten Wahlgang als Ständeratskandidat gegen die bisherigen Amtsinhaber, Erika Forster, FDP, sowie Eugen David, CVP, an und überflügelte beide überraschend stimmensässig. Doch erreichte auch der SVP-Jungstar im ersten



Toni Brunner votierte im NR gegen einen verbesserten Waldschutz.

Wahlgang nicht das nötige absolute Mehr, weshalb es zu einem zweiten Wahlgang für die beiden Sitze kam, wobei dann endgültig Nägel mit Köpfen eingeschlagen worden sind. Linke und Grüne zogen hierfür «geschickt» ihre Kandidaten aus dem Rennen und unterstützten im zweiten Wahlgang das bürgerliche Duo Forster/David.



Gegen die geschlossene Front aller grossen Parteien hatte auch Toni Brunner keine Erfolgsaussichten mehr, belegte den dritten Platz und blieb somit draussen vor der Tür des Ständerates. Als Nationalrat ist er dennoch am 21. Oktober bestätigt worden. Toni Brunner kann sich in seinem jugendlichen Alter auch ruhig fragen: «Bin ich in vier Jahren mit 37 Lenzen etwa zu alt um nochmals für den Ständerat zu kandidieren?». Zudem will Erika Forster dann nicht mehr antreten. Wie heisst doch ein Sprichwort, das sich so oft bewährt: «Den Jungen gehört die Zukunft!».

Der SG-Ständeratskandidat der Schweizer Demokraten, Thomas

Manser, der in beiden Wahlgängen mit von der Partie war, konnte sich gar in der zweiten Runde noch von 6280 auf 7940 Stimmen verbessern. Immerhin ein Achtungserfolg!

Markus Borner

Anmerkung: *Tausende von Reisläufern (Söldner) aus eidgenössischen Kantonen kämpften 1515 in der Schlacht von Marignano in der Lombardei in zwei sich feindlich gegenüberstehenden Heeren gegeneinander für fremde Mächte! Marignano bedeutete auch das Ende der eidgenössischen Einmischung in Oberitalien und war – wie man später feststellte – der Beginn der Neutralitätspolitik.

Bravo: 11 000 Unterschriften für SD-Petition «Das Rütli gehört allen!»

Die Schweizer Demokraten (SD) haben rund 11 000 Unterschriften für ihre Petition «Das Rütli gehört allen!» gesammelt. Gefordert wird insbesondere, dass künftig alljährlich am 1. August auf dem Rütli eine Bundesfeier stattfinden soll und der Zugang aufs Rütli nicht durch ein Ticketsystem eingeschränkt werden darf.

Mit ihrer Bittschrift für eine würdige 1.-August-Bundesfeier auf dem Rütli beweisen die SD eindrücklich, dass sie die besseren und aufrichtigeren Patrioten als



die SVP sind. Bekanntlich bezeichnete SVP-Präsident Ueli Maurer diesen Sommer das Rütli als «Wiese mit Kuhdreck» und die SVP Uri will sogar mittels Volksinitiative künftige 1.-August-Feiern auf der Rütliwiese gänzlich verbieten.

SD-Medienmitteilung

Gehirnwäsche am Staatsfernsehen

Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) wird zusehends zum Instrument der 68er-Ideologen, die das Volk einer wahren Gehirnwäsche unterziehen, damit es ja dem letzten Rest eines Nationalgefühls entsagt und sich brav im multikulturellen Sinne umerziehen lässt. Ein Beispiel dieser Indoktrinierung bot die am 22. August 2007, um 22.20 Uhr vom deutschschweizerischen Fernsehen SF1 ausgestrahlte Reportage von Roland Huber unter dem Titel «Der schwarze Mann in Seelisberg – Notizen aus der Urschweiz».

Dieses über dem Vierwaldstättersee gelegene Urner Dorf hatte seit zwei Jahren keinen Pfarrer mehr. Vor vier Monaten wurde die vakante Stelle vom 38-jährigen Dr. theol. Chidi Ilechukwa übernommen. Dieser nigerianische Geistliche wurde in Afrika zum Priester geweiht und von seinem Bischof nach Europa geschickt, wo er nach einem Aufenthalt in Deutschland in die Schweiz kam, um uns, wie er selber aussagte, zur Lebensfreude zu bekehren.

In der Dorfkirche zelebriert der Nigerianer die Messe in farbenfrohem afrikanischen liturgischen Gewand, bearbeitet dazu mit gewandten Händen das Tamtam, singt und fordert die Gemeindeglieder duzend zum Tanzen und Händeklatschen auf. Den jüngeren Semestern scheint die Messe im afrikanischen Ritus zu gefallen, da sie nun vermehrt den Gottesdienst besuchen. Ob dies wegen des Vergnügens oder der spirituellen Botschaft der Fall ist, bleibe dahingestellt. Die ältere Generation verhält sich hier einig zurückhaltender.



Noch nie waren die Medien so mächtig wie heute. Als «vierte» Gewalt neben Parlament, Regierung und Justiz haben sie die Deutungshoheit über Vergangenheit und Gegenwart. Sie entscheiden, was wir wissen dürfen – und wie wir es zu bewerten haben.

So meinte ein Messebesucher, eine Kirche sei doch eine Kirche und keine Rumpelkiste, und es soll ein Gottesdienst und kein Götzendienst sein. Dazu sagte der Reporter hämisch, dass dies für die erzkonservativen Urschweizer eben ein Götzendienst sei. Eine Kirchgängerin sagte zu diesem exotischen Spektakel zutreffend, dass die Afrikaner sich unserer Lebensweise anpassen sollen und nicht nur wir der ihrigen.

In einem Nachbardorf zelebrierte er die Schulmesse im Freien, wie es in Afrika der Brauch ist und sprach den Anfang des Segens in seinem Stammesdialekt. Begleitet von afrikanischen Rhythmen aus dem Lautsprecher wippten die Schüler mit Armen und Beinen zum Takt des Tamtamgetrommels. Dazu der Kommentar des Reporters: Die Seelen des Nachbardorfs

seien nicht mehr so steif, aber es werde noch lange dauern, bis die Seelisberger in ihrer Kirche tanzen werden.

Chidi Ilechukwa lebt allein im 15-Zimmer-Pfarrhaus, hat weder Köchin noch Haushaltshilfe, und besorgt auch den Garten. Trotz der vielen Arbeit lache er viel, ein Ausdruck der afrikanischen Lebensfreude, wovon er etwas in die Schweiz bringen wolle. Zu seiner Tätigkeit machte eine Pfarreihefelerin folgende interessante Bemerkung: Früher hätten die Weissen europäische Missionare nach Afrika geschickt, um aus dem schwarzen einen weissen Erdteil zu machen, wodurch die afrikanische Kultur zerstört worden sei. Jetzt komme eben die Retourkutsche, indem schwarze Missionare bei uns wirken. Seien wir doch froh



Fernsehen DRS: Fragwürdige Objektivität.

darüber, sonst hätten wir niemanden mehr, der sich um unsere Seelen kümmern würde. Die Frage, weshalb ein akuter Priestermangel herrscht und immer mehr Leute der Kirche den Rücken kehren,

kam allerdings nicht aufs Tapet. Der schwarze Pfarrer erwähnte immerhin in einem andern Zusammenhang, dass, wenn das Christentum in Afrika entstanden wäre, es bestimmt kein Zölibat gäbe, denn in Afrika sei ein Mann ohne Frau und Kinder einfach ein Niemand.

Zur Gemeinde Seelisberg gehört auch das Rütli. So begab sich am 1. August der nigerianische Priester in Begleitung eines anderen Schwarzen in bunter afrikanischer Kleidung an die Wiege der Eidgenossenschaft, wo er von der Bundesrätin Micheline Calmy-Rey und der Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi-Obriest begrüsst wurde. Zur Bundesfeier meinte Chidi Ilechukwa, er verstehe die Leute nicht, welche lautstark «Die Schweiz den Schweizern» skandieren, wo Gott die Welt doch für alle geschaffen habe. Gewiss brauche es die Landesgrenzen, aber man solle damit nicht übertreiben. Auf die Bemerkung des Reporters, mit dieser Aussage mache er sich nicht überall Freunde, entgegnete der schwarze Priester, er predige nicht, was die Leute gerne hören wollen, sondern was er für richtig halte. Am Schluss der Sendung sah man ihn noch im traditionellen schwarzen Priesteranzug, wie er bei uns üblich ist, durch den Pfarrgarten spazieren.

Die Botschaft dieser Reportage ist eindeutig: Wer die eigene Tradition und Kultur pflegen und schützen will, ist ein verbohrt, geistig rückständiger Hinterwäldler, dem zur Umerziehung vorerst einmal eine tüchtige Portion Exotismus verabreicht werden muss!

Max Morf

Wider den «Grundrechtismus»

Menschenrechte, mitunter auch «Grundrechte» genannt, gehen auf die Ideen der Aufklärung und der Französischen Revolution zurück. Sie sind ein Eckpfeiler jeder modernen, demokratischen Verfassung. Sie sind auch eine wichtige Grundlage für die Demokratie. Was geschehen kann, wenn die Menschenrechte verneint und/oder bedingungslos der Staatsräson unterworfen werden, haben im 20. Jahrhundert der Nationalsozialismus und der Kommunismus gezeigt. Heute sehen wir es in Burma. Bei uns in der Schweiz besteht aber

keine totalitäre Gefahr

und ist eine solche – trotz grossem Mediengeschrei wegen Terroristen, Neonazis usw. – weit und breit nicht in Sicht. Wir könnten die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) ruhig künden, den ewig nörgelnden «Rassismus»-Sonderberichterstatte der UNO ins Pfefferland schicken und aus der teuren Schwatzbude UNO wieder austreten. Auch dann blieben die Menschenrechte in unserem Land besser garantiert als z.B. in der Türkei oder nur schon in unserem Nachbarland Frankreich, dessen Sicherheitskräfte nicht eben für Zimmerlichkeit bekannt sind.



«Gutmenschen» wie Markus Rauh dominieren heute die öffentliche Meinungsbildung.

Verhängnisvolle Überreaktion

Nach den bitteren Erfahrungen mit den Nazis und den Kommunisten und dem schrecklichen Blutvergiessen im Zweiten Weltkrieg musste es fast zwangsläufig unter dem Motto «Nie wieder!» zu einer Überreaktion kommen. Die Rechte oder auch nur Begehrlichkeiten des Individuums gehen deshalb heute allem anderen vor, auch wenn dadurch die Gesellschaft als Ganzes noch so grossen Schaden nimmt. Neben dem einzelnen

Menschen auch natürlichen Kollektiven wie z.B. Völkern (als Abstammungsgemeinschaften) Rechte zuzugestehen, wird als «mensenrechtswidrig» abqualifiziert. Wer dies wagt, kann froh sein, wenn er nur als «Rechtsextremist» oder ähnliches tituliert und nicht gleich um seine Existenz gebracht wird. Diese schrankenlose Vergötterung des Individuums ist völlig verkehrt, denn niemand von uns wäre imstande, auch nur ein Jahr ganz allein, sozusagen als «Robinson», auf dieser Welt zu überleben. Der Mensch ist ein geselliges Wesen (altgriechisch ζῶον πολιτικόν), er ist kein Einzelgänger. Darum ist die Überbetonung von Individualrechten zu Lasten des Gemeinnutzens so falsch wie es unsinnig wäre, beim Schutz der grossen Waldameise mit irgendeinem Einzeltier anzufangen, statt Ameisenvölker zu schützen.

Freipass zur Volkszerstörung?

So wie die Menschenrechte heute interpretiert werden, erhält jeder Einzelne eine unverbrüchliche, nahezu absolute Garantie, dass er beim Ausleben seiner persönlichen Interessen und Begehrlichkeiten auch die Grundpfeiler der Gemeinschaft ansagen darf, welcher er angehört und von deren Funktionie-

ren er letztlich abhängig bleibt. Zwar hatten die Grundrechte schon immer gewisse Schranken. So stehen Ehrverletzungen nicht unter dem Schutz der Meinungsäusserungsfreiheit und darf man nicht unter Berufung auf seine «persönliche Bewegungsfreiheit» im Salatbeet des Nachbarn herumtrampeln. Zum Teil wurden Grundrechte sogar eingeschränkt, so etwa im Falle des «Antirassismus»-Artikels im Strafgesetzbuch. Im grossen Ganzen aber besteht seit Jahrzehnten eine Tendenz, al-



Anlässlich der 1.-August-Feier auf dem Rütli wird die Versammlungsfreiheit massiv eingeschränkt. Junge Eidgenossen werden wie Schwerkriminelle abgeführt. (Foto: Rütlifeier 1. August 2006)

les und jedes zum Menschenrecht zu erklären. Unter dem Titel des «Diskriminierungsverbotes» wird allerlei «alternativen Lebensformen» der gleiche Status eingeräumt wie der Familie, in der Kinder grossgezogen werden und für das Fortbestehen der Gemeinschaft gesorgt wird. Straftäter müssen bisweilen wegen «Formfehlern» freigesprochen werden, obwohl ihre Schuld klar erwiesen ist. Die Liste des grundrechtlich begründeten Unsinn lässt sich beliebig verlängern.

Die Menschenrechte sind wichtige Grundpfeiler unserer Gesellschaft und müssen es auch bleiben. Seit ihrer «Erfindung» im 18. und 19. Jahrhundert hat sich aber das Umfeld, in dem sie gelten müssen, grundlegend verändert.

Nicht im Sinn des «Erfinders» ...

Die Ehefreiheit beispielsweise wurde geschaffen, damit etwa ein katholischer Urner eine protestantische Zürcherin heiraten konnte, ohne dass ihnen das Veto der Pfarrerherren im Wege stand. Ist diese Freiheit aber auch sinnvoll, wenn «Paare» heiraten wollen, die schon für die Trauung einen Dolmetscher brauchen? Kann man ihr Zusammenleben ohne Möglichkeit einer nuancierten Verständigung wirklich als «Ehe» bezeichnen? Ist die Ehefreiheit dazu da, dass sich ein reicher, aber schon angejahrter

und nicht mehr so attraktiver Schweizer eine Frau von den Philippinen holen kann, die ja nur kommt, weil sie so den Sprung in bessere wirtschaftliche Verhältnisse schafft? Kann die **persönliche Freiheit** in den heutigen Zeiten der Übervölkerung und des kippenden ökologischen Gleichgewichts heissen, dass man ein Grundrecht hat, soviel herumzufahren und zu fliegen, wie das Herz begehrt? Soll die **Meinungsäusserungsfreiheit** ermöglichen, dass ausländische Konflikte – z.B. zwischen Kurden und Türken –, die uns nichts angehen, in unserer Schweiz ausgetragen werden und wir Polizeiaufgebote bezahlen müssen, damit es dabei nicht zu Ausschreitungen kommt? Ist es noch länger tragbar, dass die **Handelsfreiheit** und die **Eigentumsfreiheit** auch für den Boden gelten, obwohl dieser nicht vermehrbar ist. Im Bewusstsein, dass z.B. eine Überbauung zwar dem momentanen Eigentümer Vorteile bringt, aber die lebensnotwendige Nutzung des Bodens zur Gewinnung von Nahrung auf Dauer unmöglich macht, auch wenn der heutige Profiteur schon lange verstorben ist? Muss die **Religionsfreiheit**, die einst gewährt wurde, um den Frieden zwischen Protestanten und Katholiken zu sichern und der kleinen jüdischen Minderheit Respekt zu verschaffen, notwendigerweise bedeuten, dass sich auch alle anderen Religionen, ja sogar jeder

Voodoo-Hokuspokus bei uns etablieren dürfen? Das **Verbot der Folter** ist sicher ein grundlegendes Prinzip zum Schutz der Menschenwürde. Doch wie verhält es sich damit, wenn eines Tages ein Täter, der irgendwo in Bern eine Atombombe mit scharfem Zeitzünder versteckt hat, gefasst wird. Ist es dann eventuell doch vertretbar, diesen nötigenfalls auch zu foltern, damit er rechtzeitig sagt, wo die Bombe liegt oder gebieten die Menschenrechte unabänderlich, lieber 200 000 Berner (Menschen) zu opfern als das Folterverbot zu ritzen? Und ist schliesslich das Gebot der **Rechtsgleichheit** tatsächlich so zu verstehen, dass es einer Gemeinde verboten ist, z.B. die Einbürgerung von Schwarzafrikanern oder von Muslimen grundsätzlich abzulehnen, weil die

Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger diese für nicht assimilierbar hält. Oder weil sie schlicht und einfach kein babylonisches Völkergemisch will? Müssen wir es uns gefallen lassen, dass demokratische Entscheide von Eidgenossen im Namen der «Grundrechte» von Juristen im Lausanner Elfenbeinturm umgestossen werden? Das alles sind

Fragen, über die diskutiert werden sollte!

Ausser Zweifel steht, dass die Menschenrechte hochgehalten werden müssen. Sie sind ein dringend nötiger Schutz des Einzelnen vor willkürlichen Übergriffen der Staatsgewalt. Doch die Zeiten haben geändert, und so müssen auch die Grundrechte überdacht werden. Ein erster Schritt dazu wäre,

endlich die Europäische Menschenrechtskonvention zu künden und eine eigene, nationale Interpretation der Menschenrechte zu entwickeln, bei der uns keine fremden Richter dreinreden. Wenn die Völker dieser Erde, ja die ganze Menschheit überleben wollen, muss die Verabsolutierung von Individualrechten aufhören. Sie bleiben nötig, aber neben sie müssen auf gleicher Stufe

Rechte des Volkes

treten, sozusagen **kollektive Menschenrechte**. Dazu gehört z.B. das Recht des Volkes, als Kultur- und Abstammungsgemeinschaft auf unbegrenzte Zeit fortzubestehen und Individualrechte einzuschränken, wo – z.B. durch Massenmigration und interkontinentale Völkermischung – die Existenz des

Volkes gefährdet wird. Zwischen Rechten des Individuums und jenen der Gemeinschaft muss ein Gleichgewicht geschaffen werden. Es braucht heute Mut, das zu fordern. Es hat sich in der Art einer Über-Religion ein «Grundrechtismus» breitgemacht. Dieser wird namentlich von Kräften vorangetrieben, die letztlich eine Weltregierung wollen – und damit sicher keine Demokratie mehr, jedenfalls nicht so, wie wir alle den Begriff der Demokratie verstehen. Wer die heiligen Kühe der Eine-Welt-Ideologen infrage stellt, lebt gefährlich. Doch es ist nötig, zu kämpfen, bevor es zu spät und vor lauter «Menschenrechten» auch unser Volk untergegangen ist, zu kämpfen – **wider den Grundrechtismus!**

Veringetorix

Morgen ist es ein anderes Land

MM. Unter dem englischen Titel «Tomorrow is Another Country» veröffentlichte die der «British National Party» (BNP) nahestehende Monatsschrift «Identity» in ihrer Septemberrnummer 2007 eine Besprechung des gleichnamigen Buches von Myles Harris.

Zurzeit sieht sich das Vereinigte Königreich mit einer Masseneinwanderung konfrontiert, die, falls sie unkontrolliert bleibt, **verheerende Folgen für das Land** nach sich ziehen wird. Beim gegenwärtigen Stand der Immigration werden in den nächsten 10 Jahren über **zwei Millionen Zuwanderer, vor allem Asylsuchende aus der Dritten Welt**, ins Land strömen. Dass England das bevorzugte Ziel für angeblich politisch verfolgte Asylanten – in Wirklichkeit handelt es sich zumeist um **Wirtschaftsflüchtlinge** – geworden ist, liegt gemäss Harris darin, dass Grossbritannien der «European Convention on Human Rights – ECHR» (**Europäische Menschenrechtskonvention – EMRK**) beigetreten ist. Diese wurde in den 1950er-Jahren ins Leben gerufen, um den Opfern der sowjetischen Verfolgung Schutz zu gewähren. Inzwischen hat sie sich zu einem Instrument entwickelt, das buchstäblich **jedermann in aller Welt Asyl** verspricht.

Im Oktober 2000 verabschiedete die Labourregierung den «Human Rights Act», welcher die Bestimmungen der EMRK ins britische Recht festlegt. Demzufolge müssen jeder Person, welche sich als Flüchtling ausgibt – mag dies nun den Tatsachen entsprechen oder



Nicht nur in Paris, auch in England liefern sich sozial nicht integrierbare Jugendliche aus der Dritten Welt Strassenschlachten.

(Bild Liverpool 2006).

nicht – und es geschafft hat, britisches Territorium zu betreten, Einlass gewährt und deren Begehren angehört werden. Dies hat dazu geführt, dass **«Asylsuchende aus Drittweltländern bei ihrer Ankunft Pass und Reisedokumente innerhalb des Hafen- bzw. Flughafengebäudes vernichten** und Forderungen stellen, um so in das Land, wo Sozialhilfe und Honig fliessen, kommen zu können. Harris betont, dass selbst die **durch Betrug und Täuschung bewerkstelligte Einreise** nach England den Antrag auf Asyl nicht ungültig macht. Wenn irgend jemand aus der Dritten Welt es bis aufs trockene Land in Grossbritannien schafft, sind die **Möglichkeiten, zurückgeschickt zu werden, äusserst gering**, so dass sich diese Anstrengung sehr wohl lohnt. In Anbetracht der laufenden demographischen Prognosen wird **innerhalb der nächsten 50 Jahre Grossbritannien seine weisse einheimische Mehrheit verlieren.**

Wird dieses Problem nicht aufs Tapet gebracht, so wird das Land von einem Erstwelt- zu einem Drittweltland absinken. Es geht hier um mehr als nur um konventionelle Politik; **es geht um die Existenz unseres Volkes.**

Harris' Schlussfolgerung: «Das Hereinlassen von zahlreichen Wirtschaftsimmigranten, weil man nicht an gute Gründe, diese auszusperren, glauben kann, ist unverantwortlich und unklug. Politiker sprechen oft von Treueid gegenüber Flüchtlingen; aber es ist unsere eigene Loyalität, die neu belebt werden muss.»

Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)

Myles Harris' Ausführungen haben auch für unser Land ihre volle Gültigkeit. Dies umso mehr, als dass die Schweiz die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) im Jahre 1974 ratifiziert hat. Sobald z.B. ein Schwarzafrikaner mit Hilfe von Schleppern über die Ka-

naren oder die italienische Insel Lampedusa den Schengenraum, dem die Schweiz voraussichtlich im November 2008 auch angehören wird, erreicht und sich bis in unsere Gefilde durchgeschlagen und seine Papiere vernichtet hat, wird er zu unserem Dauergast und von der Asylantenlobby, den Kirchen, Gutmenschen aller Art liebevoll betreut, falls er nicht einfach bei bereits hier anwesenden Landsleuten untertaucht, ohne irgendwo registriert zu werden. Auch von einem nach Billigstarbeitskräften lechzenden Patronat wird er willkommen geheissen. Die Zusicherung verschiedener bürgerlicher Politiker, dass illegale Zuwanderer raschmöglichst ausgeschafft würden, ist blosser Augenwischerei. Gewiss, manchmal berichten die Medien von horrend teuren Rückführungen nach Afrika mit gecharterten Flugzeugen und grossem Polizeiaufgebot. Dass die Anzahl dieser Heimgeschafften durch die unaufhörliche illegale Zuwanderung mehr als kompensiert wird, darüber herrscht Schweigen im Blätterwald und am Bildschirm. Bald steht Weihnachten vor der Tür, was Hochkonjunktur für die Kirchenleute, Moralprediger und die selbstproklamierten Weltverbesserer bedeutet, die auf unsere Tränenröhren drücken und uns ermahnen, die Papierlosen und sonstigen illegalen Zuwanderer in unser Herz zu schliessen und mit ihnen unseren Wohlstand zu teilen. Damit machen sie sich bei den Medien beliebt und stehen im Rampenlicht. Ein widerlicher Jahrmarkt der Eitelkeit!

Samuel Schmid macht sich ein Weihnachtsgeschenk!

Üblicherweise sucht man mit Geschenken Freude zu bereiten. Und wenn man sich selbst ein Geschenk kauft, dürfte dieser Zweck doppelt im Vordergrund stehen. Jetzt hat sich unser Sämi mit 100 000 Fränkli (allerdings aus dem Departementskässeli!) ein Geschenk gemacht, das gleich dreifach Schmerzen bereiten muss. Ob unser Sämi Schmid wohl ein Masochist ist – so fragt man sich schauernd und malt sich so aus, was alles er sich auf der gewählten Leidenschiene noch antun könnte. Also, da hat er für 100 000 Steuerfranken Keckeis-Selbstbeweihräucherungs-Bücher gekauft und allen Stabsoffizieren der Armee geschenkt und damit

- die hinterhältigen Angriffe auf sich selbst sanktioniert;
- dafür gesorgt, dass möglichst viele Offiziere wissen, dass er – immer nach Keckeis – ein Träumer ist und damit als Verteidigungsminister untauglich sei;



Christoph Keckeis (Zitat): «Wir können auch friedenserzwingende Einsätze leisten. Und sie wären meiner Meinung nach auch vereinbar mit der Neutralität.»



Gemäss General Keckeis soll die Schweizer Armee zu US-amerikanischen Hilfssheriffs verkommen.

– dass er sich schwerer Vergehen gegen die Neutralitätsverpflichtungen zuschulden kommen liess. Denn erst mit diesem Buch wurde publik, dass die Schweizer Armee den westlichen Aggressoren in Afghanistan logistische Hilfe geleistet hat. Ob wohl – so fragt man sich – Bun-

desrat Schmid so klug ist, sich selbst noch vor den Bundesratswahlen aus der Schusslinie zu nehmen? Am besten, indem er sich nicht mehr zur Wahl stellt!

Das wäre dann doch wohl ein wirkliches Weihnachtsgeschenk für unseren Sämi – könnte er doch dann

wieder ungestört auf seinem Schnauzbart herumkätchen!
Frohe Weihnachten, Herr (noch) Bundesrat Schmid, wünscht Ihnen Ihr
Hans Spitz, Köniz

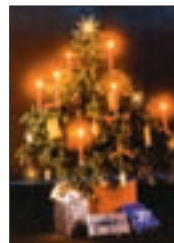
Nachtrag der Redaktion: Am 20. November 2007 zog Bundesrat Schmid die Notbremse! Als offensichtliche Reaktion auf die verbreitete Kritik der Subventionierung der Selbstbeweihräucherung von Herrn Keckeis durch das Departement VBS «verbot» BR Schmid den Einsatz von Steuergeldern (Fr. 100 000.–) und die Verteilung der Keckeis-Bibel an die Stabsoffiziere der Armee. Dem Vernehmen nach sollen nun Sponsoren gesucht werden, um den Erwerb und die Verteilung der Bücher trotzdem realisieren zu können.

Was ist übrigens mit dem zweifellosen «Gratis-Einsatz» der Verfasser, die mindestens zum Teil auf der Lohnliste der Eidgenossenschaft stehen?

Die von Hans Spitz angeführten sachlichen Kritikpunkte bleiben bestehen.

Weihnachtsspende

Es ist uns ein grosses Bedürfnis, Ihnen für Ihre finanzielle und ideelle Unterstützung im zu Neigehenden Jahr von Herzen zu danken. Zwar ging unser Mandat im Nationalrat verloren. Doch wir versichern Ihnen, dass wir auch weiterhin mit ganzer Kraft gegen die Überfremdung, Einwanderung und Übervölkerung sowie gegen den Ausverkauf der Heimat kämp-



fen werden – neu noch vermehrt mit den Mitteln des Initiativ- und Referendumsrechts. Leider müssen wir auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Mit Ihrer Weihnachtsspende helfen Sie

uns, unseren Kampf für Volk und Heimat mit etwas weniger Geldsorgen weiterzuführen. Für Ihre Treue danken wir herzlich. Wir wünschen Ihnen frohe Weihnachten und ein glückliches neues Jahr.

*Ueli Brasser, SD-Gemeinderat,
SD-Zentralpräsident a. i.,
Bernhard Hess, e. Nationalrat,
Chefredaktor*

Anzeige

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



Bezirke Baden / Brugg / Zürzach:
Jeden 1. Dienstag im Monat ab
20 Uhr im Restaurant Winkelried,
Wettingen

Anzeige

- + Buchhaltungen
- + Steuererklärungen
- + Lohnabrechnungen
- + Schuldenberatung
- + Erbsachen

Soforthilfe, Beratung und Betreuung, ganze CH bei

Auf der Maur Friedrich

Tel. 044 946 00 51, Fax 044 946 00 52

Aargau West:
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr
im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau

Fricktal:
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr
im Restaurant Rössli, Eiken



Sektion Reinach und Umgebung:
Jeden 1. Montag im Monat
um 19.30 Uhr im «Reinacherhof»



Stadt Bern:
Jeden letzten Dienstag im Monat
ab 20 Uhr im Restaurant Bären,
Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern.

Sektion Köniz:
Jeden 1. Freitag im Monat im Restaurant
Brunnenhof, Köniz

Sektion Berner Oberland:
Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr
im Hotel Milan in Ringgenberg

Sektion Thun/BeO:
Jeden letzten Donnerstag im Monat
ab 19.30 Uhr im Restaurant Neufeld, Buchholz-
strasse 29, 3604 Thun



Innerschweiz:
Jeden 1. Montag im Monat ab
19.30 Uhr im Hotel Spatz,
Obergrundstrasse 103, Luzern



Sektion Wil und Umgebung:
Informationsabend jeden 2. Montag
im Monat im Restaurant Fass in Wil.
Nähere Informationen unter
www.infowil.ch/sd-wil

Sektion St. Gallen:
Montag, 31. Dezember, Neujahrsgrossgottesdienst

FIRMA SMA SWISS-MARITIM-ACCESSOIRES

INHABER UND GESCHÄFTSFÜHRER
RENÉ KIENER
POSTFACH 1514, 2501 BIEL
+41 (0)79 693 97 77

www.maritim-shop.ch
info@maritim-shop.ch

23.45 Uhr Kreuzung Schorenstrasse und im
Hölzli in St. Gallen



Sektion Hinwil:
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20
Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhof-
platz, 8340 Hinwil (Kegelbahn)

www.schweizer-demokraten.ch



Anlässe für 2007 melden an:
sd-ds@bluwien.ch

Kanton Zürich

SD-Initiative eingereicht

Mit knapp 4000 Unterschriften reichten die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich am 22. November 2007 die städtische **Volksinitiative «40 Meter sind genug!»** bei der Stadtkanzlei ein. Die Initiantinnen und Initianten wollen den Bau von Hochhäusern auf eigentliche Zentrumsgebiete beschränken. Auch dort wird die Höhe solcher Gebäude auf 40 Meter (zirka 13 Stockwerke) beschränkt. Auf diese Weise soll das Stadtbild vor der drohenden Verunstaltung durch immer mehr Hochhäuser von bis zu 100 und noch mehr Metern Höhe bewahrt werden, die ausserdem feuerpolizeilich untragbare Risiken bergen. Gleichzeitig wird ein Zeichen gegen den Irrglauben an ein immerwährendes «Wachstum» und gegen den Grössen- und Metropolenwahn der herrschenden Stadtregierung gesetzt. Die Schweizer Demokraten sind überzeugt, dass



schon die Einreichung der Initiative in den nächsten Jahren einige geldgierige Immobilienfirmen davon abhalten wird, weitere gigantische Büro- und Wohntürme zu projektieren, und dass nach der Abstimmung über das Volksbegehren definitiv Schluss ist mit solchen Bauten.

Bericht aus dem Zürcher Stadtparlament

Kampf gegen die Mauer des Schweigens

(csz.) Seit den Wahlen vom 12. Februar 2006 sind die Schweizer Demokraten wieder im Gemeinderat der Stadt Zürich vertreten. Sie gehören dort zu den engagiertesten Mitgliedern, greifen in alle wichtigen Debatten aktiv ein, kämpfen Mal für Mal gegen die immer schlimmer werdenden Masseneinbürgerungen und haben auch zahlreiche Vorstösse lanciert. Doch in der Presse findet ihre grosse Arbeit nur selten Erwähnung. Die Zeitungen berichten nur noch in ganz geringem Umfang über das Parlamentsgeschehen, und da scheint es auch noch eine Übereinkunft zu geben, über die Schweizer Demokraten möglichst nichts zu schreiben. Reklamiert man bei den Redaktionen, so gibt es tausend Ausreden. Mal heisst es, wir seien halt keine Fraktion, dann wieder, man habe eben nicht so viel Platz (!) in der Zeitung. Ein Radiojournalist brachte es sogar fertig, uns zu erwidern, die SD-Vertreter hätten beim betreffenden Geschäft gleich gestimmt wie die SVP, deren Fraktion sie angehörten – letzteres stimmt selbstverständlich nicht! Auf unseren diesbezüglichen Hinweis gab es einfach keine Antwort

mehr. Dass wir auch aus ganz anderen Gründen gegen jene Vorlage gewesen waren, durfte die Öffentlichkeit nie erfahren ... Dass unsere Gemeinderäte einen sehr selbstständigen Standpunkt einnehmen, wird konsequent verschwiegen. Eine Alternative zwischen der schweizerfeindlichen Politik der Linken und der antisozialen und umweltzerstörenden Politik der Rechten darf es nach offizieller



Die Zürcher SD-Gemeinderatsdelegation wandte sich energisch gegen die alltägliche Anglomanie.

Lesart einfach nicht geben. Also darf von den Schweizer Demokraten nichts in der Zeitung stehen.

«Wieso macht ihr nichts im Gemeinderat?»

Mittlerweile ist es soweit, dass sogar Mitglieder der Schweizer Demokraten reklamieren, wieso unsere drei Gemeinderäte eigentlich nichts machen würden. So massiv ist die Mauer des Schweigens, die um uns gezogen wurde. Offensichtlich haben die wachstumswütigen Wirtschaftsbosse, die nie genug Einwanderung haben können, und deren Knechte in der Medienlandschaft mächtig Angst vor der Zugkraft, die unsere nationale, umweltbewusste und soziale Politik haben könnte.

Mittwoch für Mittwoch aktiv!

Es vergeht kaum eine Parlaments-sitzung, ohne dass die drei Schweizer Demokraten **Ueli Brassler, Patrick Blöchlinger und Christian Wenger** engagiert ins Geschehen eingreifen. Neben dem hartnäckigen Widerstand gegen Einbürgerungen kämpften sie in den letzten Wochen beispielsweise für einen gemeinsamen Versand der



Ueli Brassler



Patrick Blöchlinger



Christian Wenger

Parteiwerbung bei Wahlen und gegen die Geldverschleuderung für nutzlose «Integrationsprojekte». Sie traten gegen eine voreilige Senkung des Gemeindesteuerfusses von 122 gleich auf 115% trotz drohenden Steuerausfällen von bis zu 80 Mio. Franken wegen der Bankenkrise an (Antrag der SD: Senkung einstweilen nur auf 118%). SD-Opposition gab es auch gegen ein neues Parkhaus am Central und gegen die Salamitaktik, mit der immer weitere Stücke vom frei zugänglichen Grünraum auf der Allmend Brunau abgezwickelt werden. In Fortsetzung unserer arbeitnehmerfreundlichen Politik unterstützten wir hingegen eine Motion für eine (kleine) Verlängerung des Vaterschaftsurlaubs für die «Städtischen». Ein SD-Vorstoss für die Beibehaltung der von weitem sichtbaren Dachtafeln mit Liniennummer und wichtigsten Stationen an den Tramzügen wurde zwar abgelehnt, gleichzeitig aber

ein sehr ähnliches Postulat aus der CVP-Fraktion gutgeheissen. Die Dachtafeln werden also wohl bleiben. Vom Stadtrat entgegengenommen wird ein SD-Postulat für eine Reduktion der nächtlichen Lichtemissionen, insbesondere ein Verbot der sogenannten «Sky Beamer», mit denen an Veranstaltungen sinnlos in den Nachthimmel «gefunktelt» wird. Der Vorstoss ist noch durch einen Gegenantrag der FDP blockiert, wird aber ziemlich sicher überwiesen.

Zahlreiche Vorstösse der Schweizer Demokraten

sind noch pendent oder werden dieser Tage behandelt, so namentlich folgende:

- Postulat Patrick Blöchlinger und Christian Wenger, Verwendung der deutschen Sprache in der Stadtverwaltung («Billetverkaufsstelle» statt «Ticketeria»);
- Postulat Patrick Blöchlinger und Christian Wenger betreffend Beflaggung auch ausserhalb von Festtagen und -anlässen;
- Motion Christian Wenger und Ueli Brassler, Überführung der Reservezone Tobelhof in eine Landwirtschafts- oder Freihaltezone;
- Postulat Ueli Brassler und Christian Wenger, Renaturierung nicht mehr benötigter Industriegebiete statt Überbauung derselben;
- Postulat von Patrick Blöchlinger und Christian Wenger, Beratungsstelle für Schweizer, die Opfer rassistischer Ausländergewalt werden;
- Postulat Ueli Brassler und Patrick Blöchlinger, finanzielle und gesellschaftliche Anerkennung körperlich strapaziöser Arbeiten;
- Postulat Ueli Brassler und Patrick Blöchlinger, Verzicht auf fremdsprachige Publikation amtlicher Mitteilungen;
- Postulat Ueli Brassler und Patrick Blöchlinger, neue Integrationspolitik, Förderung der Abwanderung von Ausländern;
- Postulat Christian Wenger und Patrick Blöchlinger, Massnahmen zur Beschränkung der Zuwanderung aus aussereuropäischen Ländern;
- Postulat Patrick Blöchlinger und Christian Wenger, Bundesfeier auf dem Rütli, für alle zugängliche Ersatzveranstaltung in Zürich;
- Motion Patrick Blöchlinger und Christian Wenger, Revision der Vorschriften über die Vergabe städtischer Aufträge (Bevorzugung bei Beschäftigung von Schweizern);
- Postulat Christian Wenger und Patrick Blöchlinger, gezielter Ankauf von Grundstücken in der Agglomeration zur Bekämpfung der fortschreitenden Verstädterung;

Kampf gegen die Mauer des Schweigens

Fortsetzung von Seite 9

– Interpellation Patrick Blöchliger und Christian Wenger, Mitwirkung der Stadtpolizei bei der fragwürdigen «Überprüfung» von Personen, die an der Bundesfeier auf dem Rütli teilnehmen wollen;
 – Postulat Ueli Brassler und Patrick Blöchliger, Verstärkung der aktiven Fahndung nach illegalen Aufenthalt;

– Postulat Christian Wenger und Ueli Brassler, Kriminalstatistik, Aufschlüsselung nach Nationalitäten;
 – Postulat Patrick Blöchliger und Christian Wenger, Kriminalität ausländischer Jugendlicher, Früherkennung und Rückführung in die Heimat;
 – Postulat Patrick Blöchliger und Christian Wenger, Strassenbenennung nach Nationalrat James Schwarzenbach;
 – Postulat Patrick Blöchliger und

Ueli Brassler, Verminderung der nächtlichen Lichtemissionen im Siedlungsraum;
 – Interpellation Ueli Brassler und Christian Wenger, Freestyleanlage auf der Allmend Brunau;
 – Postulat Christian Wenger und Ueli Brassler, Volksschule, Massnahmen für Kinder einheimischer Muttersprache;
 – Postulat Patrick Blöchliger und Ueli Brassler, Sozialhilfe, zeitliche Begrenzung für Ausländer;
 – Motion Ueli Brassler und Patrick

Blöchliger, Einbürgerungen, Sprach- und Staatsbürgerkunderests für Bewerber;
 – Postulat Patrick Blöchliger und Christian Wenger, Massnahmen gegen den Zustrom von Zigeunern aus Osteuropa.

Diese Vorstösse werden im Rat in den nächsten zwei Jahren viel zu reden geben. Wir sind gespannt, zu welchen Machenschaften die Journalisten dann greifen, um das alles vor dem Volk zu verbergen!

Rechtsextremismus – Linksextremismus**Ungleiche Wertung in den Medien**

Die Aargauer Zeitung hat am 9. Oktober 2007 eine Aufstellung einiger der schlimmsten Ausschreitungen von Links- und Rechtsextremisten der letzten 12 Jahre aufgelistet. Bezeichnend ist dabei, dass 3/4 der Ausschreitungen von Links- und nur 1/4 von Rechtsextremisten verursacht worden sind. Hier einige wörtliche Auszüge:

Zürich, 23.9.1995: Zwei Kundgebungen für und gegen die EU (Hauptredner waren Bundesrat Otto Stich und Nationalrat Christoph Blocher) wurden von schweren Krawallen überschattet. Über 400 linksextreme Chaoten und die Polizei lieferten sich stundenlange Auseinandersetzungen. Kommentar von Polizeivorstand Robert Neukomm: «Die Polizei war an ihrer Leistungsgrenze»!!

Rütli, 1.8.2005: Rund 700 Rechtsextreme brüllten und piffen Bundesrat Samuel Schmid nieder. ... Zu handfesten Ausschreitungen kam es glücklicherweise nicht. Bemerkung des Schreibenden: Bei jener antischweizerischen, um nicht zu sagen landesverräterischen, Rede dieses sogenannten «Landesvaters» hätte ich auch gepiffen.

Zürich, 1.5.2006: Bundesrat Moritz Leuenberger musste seine Rede auf dem Bäckerareal nach wenigen Minuten abbrechen. Der Grund: Rund 200 Linksautonome stürmten das Areal und versuchten gar, das Rednerpult zu erklimmen. Selbst der SP-Stadtpäsident Elmar Ledergerber sprach von «einer Form von Terror, die wir nicht akzeptieren können». (Konsequenzen wurden aber keine ergriffen oder auch nur diskutiert, die Red.)
Lausanne, 18.9.2007: Bei einem Auftritt von Bundesrat Christoph Blocher am Comptoir Suisse haben sich über 100 Chaoten mit der Polizei Strassenkämpfe geliefert. Nicht erwähnt wurden in diesem



Wird auch gegen linksextreme Chaoten mit der ganzen Härte des Gesetzes vorgegangen?

Artikel die wöchentlichen Krawalle bei den offenbar «friedlichen» Donnerstag-Umzügen in Zürich und die ebenfalls wöchentlichen «friedlichen» Demos der linksextremen Antifa-Chaoten in Bern. Viele der an den jeweiligen Umzugstrecken liegende Ladenbesitzer schliessen und verrammeln an diesen Tagen jeweils ihre Geschäfte bereits um 15 Uhr, weil sie sonst mit eingeschlagenen Fenstern, Plünderungen und Schlimmerem rechnen müssen. Über den materiellen Schaden der Ladenbesitzer spricht niemand, wenn sie ihre Läden einige Stunden früher schliessen müssen.

Ausserdem: Laut AZ vom 9. November 2007 belaufen sich die Schäden der diesjährigen 1. Mai «Nach»-Demos auf Fr. 628 000.–; dazu kommen die Kosten für den Einsatz der Stapo Zürich auf weitere Fr. 855 000.–. Die Gesamtkosten, welche die linken Chaoten nur am 1. Mai 2007 verursacht haben, kommen die Steuerzahler also fast genau auf 1,5 Millionen Franken zu stehen. Wann kommt endlich jemand auf die Idee, die Organisatoren der 1.-Mai-Demos vollumfänglich für die Kosten der

«Nach»-Demos verantwortlich zu machen. Wollen wir wetten, dass die SP und andere linke und anarchistische Organisationen dann mit diesen «friedlichen» Demos sofort aufhören würden? Was denkt der normale Leser bei solchen Meldungen? Wenn irgendwo rechtsextreme Chaoten auftreten, gibt das immer riesige Schlagzeilen, bei den Linksextremen schweigt offenbar «des Sängers Höflichkeit»; oder hat man sich da

schon an bürgerkriegsähnliche Situationen gewöhnt?

Und wieder erhalten die Schweizer Demokraten recht!

In der AZ vom 9. Oktober stand (schön versteckt in den Kurznachrichten): «Der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU zeigt Folgen. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der in der Schweiz lebenden Ausländer aus EU- und Efta-Staaten gestiegen.» Da kann man nur mit dem berühmten Clown Grogg ausrufen «niid möögli». Auf den Rest des Kurzartikels kann verzichtet werden. Ich staune da nur, dass die Zeitung über diesen Anstieg staunt. Für jeden Menschen mit einem nur halbwegs normal funktionierenden Hirn ist diese Entwicklung völlig selbstverständlich.

Zum x-ten Mal haben wir Schweizer Demokraten betreffend Einwanderung Recht behalten.

Bis es auch eine Mehrheit der anderen merkt, wird es leider viel zu spät sein; dann wird unsere Schweiz längst zerstört sein, sowohl landschaftlich als auch politisch!

Dragan Najman, Baden

Unglaubliche Entwicklung

Da erschiess ein 21-jähriger Schweizer Soldat chilenischer Herkunft mit seiner Dienstwaffe eine 16-jährige Italienerin. Die Bestürzung und Anteilnahme ist gross. Eine zutiefst verwerfliche Tat.

Und schon melden sich die lieben Linken und die netten Grünen zu Wort und fordern die Entwaffnung des Schweizer Wehrmanns. Für diese Gilde ist das Vorgefallene geradezu ein «Glücksfall», könnte man meinen. Denn jetzt schlägt die Gunst der Stunde! Nunmehr

präsentiert sich die Chance, das Schiesswesen abzuschaffen, indem man die persönliche Waffe in zentralen Waffenkammern einschliesst. Das würde den so oder so geplagten Schiessvereinen den Rest geben. Unsere Milizwehrmänner und -frauen möchten natürlich mit der persönlich eingeschossenen Waffe ihre Schiesspflicht erfüllen und an Schiessveranstaltungen teilnehmen. Wollen wir uns einfach so entwaffnen lassen?

Ueli Brassler, Gemeinderat, SD-Zentralpräsident a.i.

Italien geht mit gutem Beispiel voran

AZ vom 2.11.2007: In Rom ist eine 47-jährige Frau von einem 24-jährigen Rumänen in seine Hütte gezerrt und dort brutal misshandelt und vergewaltigt worden. Nach dem Verbrechen hat der Täter die halbtote Frau in einen Graben geworfen. Die Frau starb am folgenden Tag. Nur wenige Stunden nach der Tat rief Regierungschef Romano Prodi sein Kabinett zu einer dringlichen Sitzung zusammen. Unter anderem beschloss die Regierung, dass die Polizeipräfekten ab sofort Ausländer, und insbesondere auch EU-Bürger, ohne vorgängigen Gerichtsbeschluss in ihre Heimatländer abschieben können, wenn diese «eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit» darstellen.

Unser Bundesrat sollte sich einmal an unseren südlichen Nachbarn, die sonst ja immer so hochgejubelt werden, ein Beispiel nehmen.

Aber leider ist unser Bundesrat nicht im Stande, ebenso mutig wie die italienische Regierung zu handeln.

Im gleichen Zeitungsartikel stand folgendes (gekürzt): Die Zahl der in Italien gemeldeten Rumänen hat sich in den letzten drei Jahren vervierfacht und beträgt heute über eine halbe Million (wohlgemerkt der «gemeldeten» Rumänen, tatsächlich wird es wohl ein Mehrfaches sein, die Red.). Seit dem EU-Beitritt von Rumänien sind die Zahlen exponentiell in die Höhe geschneit. Allein in diesem Jahr schätzt die Caritas, dass rund 700 000 neue Einwanderer nach Italien kommen werden. Und auch unter diesen Neuanrücklingen werden die Rumänen die grösste

Gruppe bilden. (Und wenn selbst die Caritas solche Zahlen nennt, werden sie wohl stimmen, die Red.). Weiter in der AZ: Parallel zum Anschwellen der rumänischen Minderheit in Italien stieg auch deren Anteil in den Kriminalstatistiken: Bei Mord, Raub, Vergewaltigung, Diebstahl, Erpressung, Entführung und Prostitution haben die Rumänen alle anderen ausländischen Bevölkerungsgruppen überholt. «Die rumänische Kriminalität breitet sich schneller als selbst seinerzeit die der albanischen Minderheit», heisst es in einem vor wenigen Tagen veröffentlichten Bericht des italienischen Innenministeriums (und das sagt wohl alles, die Red.). Soweit die Ausschnitte aus der AZ.

Leider ist nicht daran zu denken, dass unser Bundesrat die Aufnahme der bilateralen Verträge mit Rumänien und Bulgarien auf Grund solch schlechter Erfahrungen in Italien aussetzen oder auch nur hinauszögern wird.

Denn für einen solchen Beschluss braucht es Mut und Zivilcourage – und beides fehlt unseren «Landesvätern» seit Jahrzehnten.

Stau am Ärmelkanal

Dieser Titel findet sich in der AZ vom 10. Oktober 2007 über einem halbseitigen Artikel betreffend dem Zustrom von Flüchtlingen aus dem Mittleren Osten nach England, bzw. über deren versuchter «Einreise». Die Leute versuchen in Cherbourg (an der Nordküste Frankreichs) klammheimlich in einen Lastwagen zu gelangen, der auf die Überfahrt nach England



Auch bei uns vielfach Hort der Verbrecher: Asylbewerberheime.

wartet. Bezeichnend ist, dass laut AZ-Artikel nach den ersten Wörtern «Hunger» und «Wasser», welche die Leute auf englisch sagen können, als nächstes bereits das Wort «Zigaretten» kommt. Grösere Sorgen haben die Leute offenbar nicht. Die Lastwagenchauffeure bewaffnen sich inzwischen mit Baseballschlägern, denn – wenn der englische Zoll die Illegalen auf ihrem Lastwagen erwischt – muss der Chauffeur mit einer Busse rechnen, die bis 3000 Euro, also ungefähr 5000 Franken betragen kann. Auch die Behörden von Cherbourg verlieren langsam die Geduld. «Wir schlagen seit langem Alarm, aber Paris und Brüssel reagieren nicht», klagt der städtische Sprecher Regis Buquet. Die sozialistische Stadtregierung von Cherbourg reklamiert: «Wir leben zu neun Zehnteln vom Hafenerbetrieb

und können nicht hinnehmen, dass wegen der Flüchtlinge immer mehr Lastwagen auf andere Fahrtrouten ausweichen.» (Dabei propagieren die Sozialisten doch immer «Die Eine Welt», aber offenbar nur solange es nur die anderen betrifft, die Red.)

Irrsinn der EU

Da die Flüchtlinge angeblich aus einem Land kommen, in dem Krieg herrscht (zumindest geben sie das an, denn ihre Papiere haben sie nach altbewährtem Muster vernichtet, die Red.), dürfen sie nicht ausgewiesen werden (das ist soweit logisch). Aber in Frankreich bleiben dürfen sie auch nicht. Und in eine solche Organisation – wie die EU – will unser Bundesrat die Schweiz pressen.

Dr. Dragan Najman, Baden



Kanton Thurgau



Radikale Muslime als Gefahr

Die meisten Medien informieren praktisch gar nicht über den Islam, die Lehren des Koran und über den heutigen Stand der Islamisierung unseres Landes. Da unsere christlich-abendländische Kultur, vom aktiven, christlichen Glauben gar nicht zu reden, äusserst schwach und wenig überzeugend geworden ist, erweist sich dieser Umstand gerade als die Stärke des Islam und der raschen Islamisierung unseres Landes.

Im Moment haben wir gemäss den Fachleuten 500 000 Muslime in unserem Lande und oft sind von

den Einbürgerungskandidaten gute dreiviertel Muslime. Kein Wunder, dass die Einwanderungsindustrie den § 261^{bis} geschaffen hat und ein gewaltiges Bundesamt weit über hundert Millionen Franken bezieht, um Kritiker mundtot und Kritik an dieser tragischen Entwicklung generell als rassistisch zu deklarieren.

Darum hat die SD Thurgau gehandelt! Um nicht «aus dem Bauch heraus» argumentieren zu müssen, haben wir im Herbst 2007 drei Fachleute nach Weinfelden geladen, um breit zu informieren:

31. August 2007: Wilfried Puhl-Schmidt, Theologe u. Islamkenner:

«Koran und Muslime»

Er vermittelte Basiswissen, zeigte die grossen Unterschiede zur Bibel und abendländischer Kultur und wohin falsch verstandene Toleranz führt (Beispiel Deutschland/Frankreich)! Es gibt einen friedlichen Koran, aber diese Verse wurden später durch Suyuti aufgehoben. Muslime sind «Gläubige», alle anderen sind «Ungläubige», sie sind zu bekämpfen mit Feuer und Schwert, ihre Habe ist unter den Gläubigen aufzuteilen.

PS: Der türkische Ministerpräsident Erbakan sagte am 15. April 2001 in Hagen/Deutschland: «Die Europäer glauben, dass die Musli-

me nur zum Geldverdienen nach Europa gekommen sind. Aber Allah hat einen anderen Plan».

20. September 2007: Frau Dr. Hiltrud Schröter, Autorin, Theologin:

«Koran und Frauenrechte»

Die Sozialwissenschaftlerin erläuterte die Fragen zu «Mädchen, Frauen, Heirat, Ehe und Familie im Islam und im Christentum». Schröter zeigte auf erschreckende Zustände: Im Islam sind Frauen «weniger wert als der linke Hoden eines Mannes». Alles ist im Koran vorgegeben, die Frauen sind absolut diskriminiert, sie haben keine Rechte und keine Frau kann mit einem Manne irgend etwas verhandeln. Die Informationen waren er-

Fortsetzung Seite 10

Radikale Muslime als Gefahr

Fortsetzung von Seite 9

schreckend und so mancher weiss heute, warum wir und andere Länder teils katastrophale Zustände haben. (Brautkauf, Brauttausch,



Das Minarett gilt als Macht- und Eroberungssymbol.

Beschneidung, totale, rechtliche Dominanz des Mannes usw.) Wir sind weit entfernt von den Menschenrechten der UN!

Viele wissen jetzt ganz genau, warum uns all das verschwiegen wird und jede Information als rassistisch gestempelt wird. Armes Schweizervolk!

30. November 2007: Dr. Andreas Maurer, Autor und Theologe:**«Nationale Rechte und Gesetze weichen Recht im Koran»**

Dieser dritte Abend in Weinfelden will aufzeigen, dass die Muslime in der Diaspora sich anpassen, sich integrieren. Sobald sie aber eine gewisse Anzahl Muslime sind, installieren sie das moslemische Recht – ohne unsere Gesetze, ohne unsere Polizei und Rechtsordnung. Sie bilden einen Staat im Staate. Allah ist oberster Herr und die Mullahs sind die Richter!

Alles andere wird nicht akzeptiert. Diese Lage haben wir heute in Frankreich und in Deutschland bereits in grösseren Städten. Es gäbe viel, so viel dem Schweizervolk aufzuzeigen. Zu schweigen oder zu verschweigen ist ein Verbrechen! Schweizer Demokraten macht gute Arbeit!

Keine Zeitung, kein Tagblatt, keine Thurgauer Zeitung und keine Regional-Zeitung ist unserer Einladung gefolgt und hat einen Bericht gemacht. Aber fast jeden Tag bringen diese miesen Blätter «Kultur»-Seiten; oft mit Hirngespinnsten oder primitiven Banalitäten! Die Chefredaktionen haben fadenscheinig abgewunken – alle diese Machenschaften sind das Werk der Medien – sie verkaufen unser Volk! Da müsste endlich durchgegriffen werden!

SD Thurgau

brauche er nicht zu wissen, das habe mit einer korrekten Einbürgerung nichts zu tun!

Ohne Privatdetektive geht es nicht mehr...

Nach der Bekanntgabe der Einbürgerung hat der Stimmbürger 14 Tage Zeit, um einen NEIN-Antrag zu formulieren und einzureichen. Selbstverständlich muss alles juristisch korrekt und «stichhaltig begründet» sein, sonst wird die Sache sowieso ad acta gelegt. Wie aber soll ein Bürger erfahren, was die Einzubürgernden sind, was sie allenfalls auf dem Kerbholz haben? Da braucht es schon Spitzen-Detektive und das wiederum kostet Geld und Zeit. Es liegt auf der Hand, man will uns jede Möglichkeit nehmen, diese Einbürgerungs-Industrie zu stoppen. Der NEIN-Antrag kommt vor die Gemeindeversammlung und nur dann wird überhaupt abgestimmt. Andernfalls sind alle eingebürgert; wir werden zu Marionetten!

Belästigungen, Sachbeschädigungen, Drohungen!

Anträge an eine Versammlung müssen erläutert werden und der Antragsteller erscheint auch namentlich in Protokoll und Medien. Einsprechende klagen schon heute über Belästigungen, Telefonterror, Bedrohungen und Sachbeschädigungen. Von den Schikanen und Benachteiligungen am Arbeitsplatz, im Geschäft und bei öffentlichen Anlässen können viele ein «Liedlein singen». Die Einwanderungs- und Einbürgerungsparteien haben bei diesem Gesetz die Repression gegen die eigenen Landsleute und die Unterdrückung des freien Wortes ganz bewusst eingebaut. Das ist mehr als traurig und eine grosse Schande für unsere Demokratie.

Kuckucksei in Lausanne als Massstab?

Immer wieder wird Bezug genommen auf den Bundesgerichtsentscheid vom 2003, als ob diese Herren Heilige wären. Dabei sind alles Parteienrichter und je nach Zusammensetzung ergeben sich andere Urteile! Auch nicht diskutiert wird die katastrophale Tatsache, dass sich das Bundesgericht mit dieser Beurteilung auf Völkerrecht abstützt, das nie vom Schweizervolk abgesegnet wurde – von Mitsprache keine Spur. Das Bundesgericht hat lediglich darüber zu wachen, dass unsere Gesetze korrekt umgesetzt werden.

Wir haben nur noch eine Chance...

Wenn es nach den Profit- und Ideologie-Parteien geht, wird unserem

Volk die letzte Bremse gegen die Islamisierung und Verschacherung unserer Heimat an Profiteure aus aller Welt genommen. Bei einer demokratischen Einbürgerung kann einfach Nein oder Ja gestimmt werden. Die Mehrheit entscheidet. So kann der Dümme in den Lande irgendwann realisieren, dass es höchste Zeit ist, bei der Einwanderung und Einbürgerung die Notbremse zu ziehen, doch genau diese Notbremse soll mit dem neuen Einbürgerungsgesetz wirkungslos werden...

Auch das Doppelbürgerrecht ist ein Skandal!

Über 90% der Neubürger behalten ihr altes Bürgerrecht; es ist ausgewiesen, wenn dieses Doppelbürgerrecht nicht möglich wäre, würden sehr viele gar nie einbürgern! Genau das passt den Profiteuren nicht, denn jeder Eingebürgerte kann augenblicklich durch einen Neueinwanderer ersetzt werden. Einfache Bürger aber sind total diskriminiert! Doppelbürger können in beiden Ländern Liegenschaften erwerben, Geschäfte betreiben, als vollwertige Bürger Wohnsitz nehmen, Bürgerrechte wahrnehmen, beide Sozialsysteme voll nutzen und im Kriegsfall legal verreisen. Sie können wiederkommen, wenn der dumme Normalbürger seinen Blutzoll geleistet hat!

Thurgau, der Vorkoster...

Den Befürwortern (Pro-Komitee) des Abbaus unserer Volksrechte wurden unbekannte Mengen von Steuergeldern durch die Exekutive zugeschanzt und die Verwaltung hat offensichtlich administrative Leistungen erbracht. Dem nicht genug, im Heft an den Stimmbürger wurden «die Argumente der Gegner» gar nicht publiziert, lediglich einige Argumente aus der Debatte im Rate (Seite 33) aufgeführt. Alles in allem eine mehr als traurige Vorstellung und wir glauben, dass der Thurgau «Vorkoster» sein soll, am 25. November 2007 ist die Abstimmung, wir Schweizer Demokraten haben fest gearbeitet, Leserbriefe geschrieben und Tausende von Franken für Inserate ausgegeben. Hoffentlich zum Segen für unser Heimatland!

Willy Schmidhauser,
Präsident SD Thurgau

Anmerkung der Redaktion:

Grosser Achtungserfolg für die Schweizer Demokraten. Die Stimmberechtigten folgten der SD-Parole und lehnten die von den Regierungsparteien vorgeschlagenen Gesetzesänderungen deutlich ab.

Nachlese zur Einbürgerungsabstimmung:**Der Thurgau als Versuchskaninchen...****Eine absolute Entmündigung**

In Windeseile – einen Monat nach den Wahlen 2007 – wird im Thurgau eine kantonale Vorlage zur Abstimmung gebracht, die jedem Demokraten, ganz besonders jedem Schweizer Demokraten die Haare zu Berge stehen lässt. Alle Schweizer Demokraten in den restlichen Kantonen seien hiermit ganz besonders gewarnt und informiert. Neu wird der Bürger bei Einbürgerungen nichts mehr zu sagen haben. Er wird auch nicht über die Kandidaten informiert und mit Hilfe der Repression soll den Wenigen, einsamen Mutigen «der Schneid abgekauft werden». CVP, FDP, EVP, Grüne, SP und ein kleiner Teil der SVP haben dieses Ansinnen abstimmungsreif gemacht. Die Federführung hat natürlich SP-Regierungsrat Claudius Graf

Schelling übernommen. Dank dem Parlaments-Referendum eines Hauptteils der SVP-Fraktion bekommt am 25. November 2007 der Thurgau Gelegenheit, über diese Zumutung abzustimmen. Typisch für die faule Sache ist aber auch die Tatsache, dass die Befürworter Steuergelder und angeblich Hilfe in Form von Arbeitsleistungen von der Verwaltung erhalten haben. Ein Schandfleck für diese feinen Herrschaften!

Zuerst wird alles für «geheim» erklärt!

Die Religion der Einzubürgernden braucht der Stimmbürger nicht zu wissen, ebenso ist die Frage Doppelbürger ja oder nein nicht relevant. Aber auch die Frage ob vorbestraft, verschuldet, arbeitslos oder Sozialbezüger, wird dem Stimmbürger nicht beantwortet. All das



Voici Noël et Nouvel An avec leurs cortèges de cruautés animales



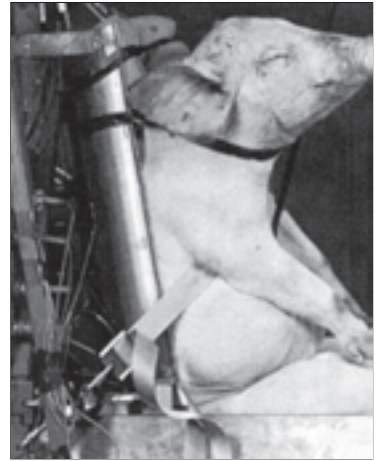
Mary Meissner,
Vernier

Ne passons pas ces fêtes de fin d'année sans avoir un cri de reconnaissance pour tous ces animaux qui vont être tués, préparés et mangés par des milliards d'êtres humains, pour le seul plaisir des papilles et de l'estomac. Qui pense alors aux souffrances contenues dans ces chairs cuites, ou crues comme le foie gras? Dans ces gâteaux dont les œufs proviennent en grande partie de poules en batteries! Ajoutons à ce palmarès les fourrures ensanglantées, beaucoup étant vendues par la Russie ou la Chine où la compassion vis-à-vis des animaux n'existe pas. Il y a lieu d'ajouter nos adorables

compagnons poilus qui, selon un rapport de trente millions d'amis, disparaissent par centaines pour se retrouver dans la fabrication de couverture et de cols montants. Il est prouvé que l'augmentation du CO₂ provient surtout des animaux de rente et est une des causes principales du réchauffement planétaire. Selon la FAO, ces dernières années la production de viande a atteint le nombre effroyable de 60 milliards d'animaux et bien que cette situation soit connue des milieux concernés, cette quantité augmente chaque année. De plus, 33% des récoltes mondiales de céréales sert à l'affouragement des animaux destinés à la boucherie. Lorsque les gourmets vont se régaler autour d'une table scintillante de porcelaine et de cristal, penseront-ils que 50% de viande de porc, et 70% de viande de volaille ont été produits par des usines d'animaux détenus dans des conditions effroyables! Peut on alors

souhaiter Joyeux Noël et bonne année aux survivants et à tous nos chiens et minous qui nous font confiance? Les chiens roumains dont le regard angoissé lance un SOS désespéré à ces tziganes les ramassant à la pelle pour les jeter, affamés et assoiffés, dans des no man's lands éloignés de tout ou les brûlant avec du goudron liquide provoquant des douleurs effroyables! La Bulgarie, la Hongrie, l'Espagne, la Chine, agissent de la même façon, ce dernier pays y ajoutant des plats cuisinés pour les gourmets.

N'oublions pas les transports inhumains à travers l'Europe de ces animaux de boucherie, la vivisection dans des laboratoires de recherche, les abattages rituels sans anesthésie, les corridas, les élevages monstrueux et cerise sur le gâteau, les cétacés affolés par le bruit, qui meurent sur les plages par centaines. Les hommes souffrent du bruit de leurs voisins, le monde du



silence est attaqué par le bruit des forages, des gros moteurs de bateaux et navires, des expériences acoustiques militaires. Un regard de pitié pour les écrevisses et les crabes ébouillantés, les poissons frits et les dauphins assassinés au Japon. Peut on souhaiter à ces martyrs une bonne année, l'âme sereine et le cœur tranquille?

La violence des tout petits

Il y a aussi une question discutée urbi et orbi dans les médias, c'est l'étonnement causé par la violence pratiquée de plus en plus par les jeunes et même les enfants. Les psychologues s'ingénient à expliquer qu'il s'agit d'une indifférence de plus en plus grande des parents vis-à-vis de leurs gosses, mais ils ne soulignent pas assez les séances devant les jeux vidéo, la télévision ou maintenant le téléphone portable. Moi, j'essaie d'aller plus loin. Lorsqu'on meurt, l'âme retourne au néant, ou dans l'esprit qui régit les mondes et tout le cosmos. De ce fait, cette vapeur impondérable s'amalgame aux âmes échappées d'un attentat terroriste, à celles

torturées des femmes violées, des assassinés ou suicidés, à celles des animaux vivisectionnés, égorgés, assoiffés, affamés, martyrisés, à celles des tueurs, des canibales, des oiseaux et animaux tirés par les chasseurs, des milliards de poissons et autres cétacés étouffés sans ménagement, à celles des condamnés à mort, etc. Comme ces ectoplasmes sont de plus en plus nombreux, ils contaminent la base et lorsqu'ils se réincarnent dans un être vivant, ils sont de plus en plus violents, méchants, agressifs, autant chez les hommes que chez les molosses. Pour ceux qui croient en la réincarnation et ils sont légions, ils devraient pouvoir convaincre le genre humain comme en Inde, des comptes qu'ils devront rendre après leur décès suivi d'une renaissance doublée de remboursements que les Juifs appellent, «paiement: pour un œil les deux yeux et pour une dent, toute la gueule.»

Maria de Seimners

Clonage humain

Il n'y a plus de limite à la bêtise humaine, et le cerveau de l'homme subit un clonage virtuel dange-reux. Il est incapable de s'arrêter au stop de l'intelligence interdisant le passage de la ligne rouge qui transgresse la limite éthique protégeant son environnement commençant par un contrôle de la population mondiale.

L'humain n'ayant aucun moyen d'imposer une loi restrictive sur la natalité (*merci les droits de l'Homme avec un grand H, parce que les animaux sont beaucoup plus intelligents*) et la destruction de l'environnement étant provoquée par la surpopulation humaine, il a réussi à créer des enfants dans des matrices artificielles pour compenser la stérilité grandissante mais insuffisante pour diminuer les nuisances et les destructions programmées, mais il pense cloner les savants, les guerriers et les donateurs d'organes. Que disent les représentants des multiples religions

mondiales? Les clones auront-ils une âme? Pourront-ils anoner le Coran ou recevoir l'extrême onction sur leur lit de mort? Auront-ils le droit de procréer, de devenir des dictateurs ou des généraux? Ou bien est-ce une manœuvre pour avoir un genre de robots qui serviront de co-bayes pour toutes les inventions futures de médicaments, d'armes sophistiquées, de voyageurs interdédéraux? Devra-t-on trouver des mères porteuses? Et celles-ci seront-elles aussi clonées? Le genre humain pourra-t-il encore s'appeler «humain»? Lorsque des millions de gens devront s'enfuir de terres inondées par la montée des Océans, trouveront-ils encore de la place dans ce monde de science fiction?

Il est grand temps d'édicter des lois restrictives, rigides et immédiatement applicables pour écraser dans l'œuf cette hydre aux mille tentacules!

Charlotte Morel

La France mouton noir de l'Union européenne et bête noire de Poutine

Ne voulant pas prendre en compte les désordres bouleversant le visage de la France qui se drapait dans son manteau démocratique, et ceci au moment où la diplomatie française est plus chaotique que jamais, c'est risqué de demander des comptes à Poutine concernant l'arrestation d'un Kasparov quasi inconnu en Russie. A voir les banlieues qui s'enflamment pour des accidents provoqués par des jeunes issus de l'immigration naturellement toujours innocents et réprimés par une police ne sachant plus à quel saint se vouer, en lisant tous les jours des disparitions d'enfants, des crimes dans le RER, des autobus incendiés et des grèves à répétition qui destabilisent la population des travailleurs, il faut comprendre la réaction de Poutine qui ne veut pas entendre les réclamations démocratiques faites par une «bande de morveux». Me met-



Vladimir Poutine

tant à la place d'un président issu du KGB et soutenu par 90% de la population, j'aurais les mêmes réactions de dégoût vis-à-vis de merdeux étrangers me demandant justice pour mes propres citoyens. **La France fait un Auto-Goal en ne voyant pas la poutre dans son œil mais elle a le culot d'aller balayer les scories devant la porte d'un lointain voisin.**

Il y a lieu urgemment d'analyser le bien fondé de la Charte des droits de l'Homme, et de son corollaire, la démoncrassie. Ayant gardé des contacts avec des parents en Pologne et des amis en Russie, je constate une certaine nostalgie du régime communiste. Quoiqu'aber-

rant et totalitaire, ce régime savait soulever un certain sentiment de fierté lorsqu'on recevait des félicitations avec médaille de la part des autorités, et des promotions dans la hiérarchie des institutions étatiques. Les vacances étaient payées dans les grands hôtels, les cures de santé étaient ouvertes à tous, les repas étaient servis dans les restaurants de chaque institution, ce qui faisait oublier la restriction des voyages, les rayons vides des magasins, et les sursauts bancaires récurrents faisant perdre le pouvoir d'achat. Mais chacun pouvait chichement vivre sans angoisse de perdre son travail, d'être délocalisé ou mis à la retraite anticipée. Ces millions de gens qui dès l'écroulement du mur de Berlin ont vu s'ouvrir les portes du capitalisme et de l'économie mondiale avec toutes les responsabilités personnelles inhérentes à ce système, ont

été déboussolés et ils regrettent l'ancien régime qui laissait les citoyens en paix tant qu'ils ne s'occupaient pas de politique. Poutine a compris que pour diriger une telle masse d'individus, la démocratie pievre aux mille tentacules disparates n'était pas la solution et que la seule porte ouvrant sur la paix et la prospérité était le contrôle étatique et une attitude ferme même s'il fallait frôler la dictature. C'est dommage que la France avec Sarkozy n'aie pas su profiter d'une telle opportunité devant la dégradation des mœurs, les revendications des immigrés et la révolte des étudiants dont les études sont gratuites. Vu de Suisse, l'incompréhension s'élargit de jour en jour et une certaine fatigue s'installe devant la vanité de ceux qui veulent tout savoir, qui parlent et écrivent beaucoup, mais ne font pas grand chose!

Mary Meissner

En parcourant la presse

Choisir sa mort

A part les quolibets lancés par la Soupe est Pleine du dimanche matin sur la RSR, Femina s'est fendue d'une interview de Bernard Cretaz, sociologue valaisan, qui ne vole pas très haut lui non plus, concernant les cérémonies mortuaires, plus Exit et Dignitas, tous les arguments clouant au pilori ces gens qui ne pensent pas comme eux et agissent selon leur vœu de mourir dans la dignité.

Les arguments mis en avant sont que nul n'a le droit d'inciter ou d'interférer dans le processus de la mort et que l'être humain doit accepter son sort quel qu'il soit. Qu'il est indécent de voir sortir des cercueils d'une maison privée, et honteux de remplacer ces services de Dignitas par un camion à l'orée d'une forêt. Ils oublient que ce sont eux les coupables de pareilles dérives puisqu'ils chassent une association discrète à la rue? Surtout que Exit et Dignitas ont été créées par des citoyens conscients des angoisses que subissent les grabataires, leurs douleurs et les désagrèments causés à leur famille, sans aucune idée de gain, la plupart des personnes qui se dévouent le faisant bénévolement.

Moi-même me suis inscrite à Exit depuis plusieurs années, afin de pouvoir dormir tranquille jusqu'au moment où je déciderais de partir, sans que quiconque pour des rai-

sons religieuses ou éthiques, m'obligent à prolonger ma vie sur une terre qui se meurt, peuplée d'hommes et de femmes en déliquescence morale et qui feraient mieux de s'occuper d'une régénérescence générale mondiale au lieu de dénier à certains mortels le droit de mourir dans la dignité et non sur un lit d'hôpital ou dans les tranchées polluées d'éclats d'obus. Il faut aussi éduquer les enfants à vivre aux côtés de la mort qui n'est pas douloureuse en elle-même, et qu'il s'agit d'une simple transition ou d'un passage vers un autre monde, que chacun peut imaginer à sa guise. Il faudrait y ajouter les dispositions à prendre dès un certain âge avant que la maladie devienne un handicap, concernant un testament, une donation, son enterrement ou le paiement anticipé d'une crémation ou de faire-parts, afin de soulager de toutes obligations la famille ou les proches amis qui souvent ne savent que faire ou manquent d'argent.

Puisque la Vie est inexorablement liée à la Mort, c'est un devoir humanitaire d'enseigner des actes pratiques et non pas se cramponner aux rites religieux, aux cérémonies dépassées, aux obsèques grandioses ou à des considérations ecclésiastiques imaginaires. Puisque ces bien-pensants prônent la liberté d'expression, qu'ils laissent à César ce qui est à César, et aux croyants ce qui les rapprochent de

Dieu ou d'Allah, sans oublier de permettre aux membres d'Exit ou de Dignitas d'avaler une potion les emmenant au nirvana.

Médicaments pollueurs de l'eau

Enfin la presse quotidienne s'empare de ce problème effarant qui menace la survie de l'humanité telle que nous la connaissons aujourd'hui. Vous souvenez-vous des nombreux articles où je dénonçais la légèreté avec laquelle l'industrie pharmaceutique et toute la chaîne médicale, rejetaient sans état d'âme les hormones et autres déchets génétiques ingurgités puis rejetés par les milliards d'êtres humains dans les eaux du globe? J'avais expliqué que les poissons premières victimes se féminisaient, que les cellules mâles diminuaient agressant la chaîne alimentaire des êtres vivants sur cette planète y compris les humains, et que c'était probablement la raison d'une augmentation des homosexuels, de la stérilité féminine et de la naissance d'une tendance irréversible vers le matriarcat. Ajoutons aujourd'hui le trafic d'enfants, de mères porteuses et de naissances in vitro. La peur s'insinue lentement dans certains cerveaux d'experts en génétique, qui ne luttent pas assez contre les envies de clonage tous azimuts conduisant à une sorte de robotisation du vivant, et une conscientisation émergente pour trouver une solution à un filtrage plus pointu des stations

Suite en page 15

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates DS
Suisses**

Secrétariat central:

Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

d'épuration, premières en ligne de mire. Si rien n'est entrepris pour lutter efficacement contre ce changement génétique, le futur peut devenir un cauchemar très bizarre.

Nous sommes déjà des robots

Des chercheurs de l'EPFL, ont réussi à modifier le comportement, grâce à des robots, d'un groupe de cafards, une prouesse tant biologique que chimique. Nous pouvons penser que cette invention est révolutionnaire. En ce qui me concerne, je crois plutôt que l'Esprit qui régit le monde des galaxies, s'incarne dans la tête de l'homme pour qu'il découvre cette nouvelle solution de défense contre l'envahissement d'insectes dérangeants qui s'appliquera aux nuisibles aussi.

Ayant compris la vanité des choses, je vois la Terre comme un vaste laboratoire peuplé de robots humains dont le cerveau fonctionne selon des impulsions spécifiques lancées à certains individus plus réceptifs que d'autres mais qui influencent par leurs inventions les destins terrestres. Les ampères, les watts, les chemins de fer, les avions, le téléphone, la télévision, l'internet et bien avant, la roue, les plantations de graines ou le silex, puis l'acier, le verre, etc. etc. ont contribué au progrès, ainsi que les Roux, Barnard, von Braun, Curie, tout cela baignant dans les compositions musicales de grands hommes, inspirés par des artistes peintres, des sculpteurs et des bâtisseurs.

Un laboratoire étant par principe un centre de recherches, il était prévisible que certaines inventions aient été biaisées et ont servi à détruire, polluer, ravager ou rui-

ner, mais aussi à vivisectionner, torturer et tuer.

Je demande alors si nous sommes vraiment responsables de cette gabegie qui conduit au néant, et si le grand Esprit qui administre le Cosmos, n'essaye pas de voir jusqu'où les robots humains iront pour se détruire en anéantissant leur globe? De toutes façons il y a des milliards d'autres planètes pour continuer d'autres recherches... Les soldats américains qui se suicident par centaines, après l'expérience des champs de bataille ont probablement compris l'inutilité de toute cette organisation létale qui tôt ou tard disparaîtra corps et âme. Ils refusent de souffrir pour un but inexistant.

Les utopies de nos docteurs Folamour

Ainsi Robert Cramer responsable de l'environnement à Genève, Pierre Milleret président de l'AGEDRI et Robert Borel, maire d'Annemasse, préconisent et rêvent d'une supermégapole genevoise-franco-valdotaine, de 900 000 habitants, faisant concurrence à New York ou Shanghai. Ils rêvent de construire 10 000 logements d'ici 2020 dans la campagne genevoise et aux environs de Ferney-Voltaire, Annemasse jusqu'aux confins de l'Ain, réalisant ainsi concrètement un vœu virtuel de visionnaires inconséquents.

Nous sommes si bien en ne dépassant pas les 400 000 âmes, en ne vivant pas dans des gratte-ciels mais dans un environnement à visage humain, accepterons nous sans nous battre d'être englouti dans une marée hétérogène sans cohésion patriotique et nationale?

Maria de Seimners

Le pilori

Mission impossible vraiment?

Nous lisons dans la presse locale qu'à Genève le juge Mirimanoff de la Commission de conciliation sur le logement doit faire face à une situation kafkaïenne concernant des conciliations impossibles entre locataires.

Ayant eu moi-même maille à partir avec des voisins irascibles soutenus malheureusement par une Asloca partielle, ma seule porte de sortie pour ne pas devenir schizophrène a été de m'endetter jusqu'à la fin de mes jours pour aller m'isoler en pleine campagne dans une villa sans la présence de voisins agressifs et dérangeants. *(Hélas! 33 ans plus tard la campagne a disparu et plus de 100 villas ont été construites, mais en tant*

que propriétaire je n'ai de compte à rendre qu'à ma banque et pas à une régie, de plus je n'ai personne sur ma tête.)

En effet, il suffirait pour résoudre cette quadrature du cercle, spécialement à Genève, d'adjoindre au bail des explications détaillées sur ce que l'on doit faire et ce qu'il est interdit de faire. Car une locataire excédée par la logeuse du dessus faisant couler son bain après 11 heures du soir, ne savait pas qu'elle dérangeait le sommeil des autres, vu qu'elle venait d'un pays lointain aux mœurs très éloignées des nôtres. Il y a pire. La police appelée pour verbaliser des raouts nocturnes, met trop de temps pour arriver et au lieu de sonner chez le demandeur pour contrôler le bien-

fondé de la réclamation, va directement chez les fauteurs de trouble qui jouent aux innocents, donc manque de preuves, il y a les drogués qui encombrant les escaliers et caves de plusieurs immeubles d'où, délogés rarement, reviennent immédiatement après l'algarade.

Il suffirait d'appliquer et de faire appliquer strictement la loi anti-bruit, de verbaliser les sauvages qui laissent leurs ordures dans les ascenseurs ou les sourds faisant pétarder leurs motos à des heures indues, de tordre le cou à l'Asloca et donner raison aux malheureux privés de sommeil, pour supprimer une grande partie de dépenses juridiques inutiles et les conflits de voisinage.

Mais pour ce faire, il y a lieu de renforcer la discipline des responsables qui devraient prendre à cœur de surveiller ce malaise public d'un canton de locataires arrivant de l'étranger où parfois on danse toute la nuit et on dort le jour. Mais en général on ne peut obliger un âne à boire quand il n'a pas soif et ceux qui sont supposés verbaliser, ne sont jamais les victimes exaspérées, d'où un laxisme récurrent. En un mot, tout le monde s'en fiche puisque dans une démocratie, tout est permis...

L'UE jette l'argent par les fenêtres!

2000 traducteurs, et 80 interprètes sont chaque jour à pied d'œuvre dans les bureaux de l'UE à Bruxelles, afin que les délégués de 23 pays y compris la Bulgarie et la Roumanie à venir, puissent comprendre clairement les alphabets et le contenu des tonnes de documents en langue cyrillique, latine et grecque, occasionnant la dépense d'un milliard d'euros par année.

Quel manque d'administration et de respect vis-à-vis des contribuables européens qui doivent dépenser tant d'argent pour ce système stupide consistant à engager tellement de personnel alors qu'il serait moins onéreux et si simple d'exiger que les employés désireux ou sélectionnés pour aller à Bruxelles, sachent écrire et parler leur langue plus l'anglais qui serait la langue officielle de l'UE. La IATA, organisme mondial de l'aviation civile, a inclus ce système dans l'élaboration de sa charte de travail, et lorsque je me suis présentée pour remplacer un Hollandais dans le «clearing», section des compensations financières, toutes les discussions et préalables à mon engagement ont été suivies en anglais. Ainsi, pas besoin d'une organisation maousse pour procéder à la traduction en 23 langues pour des étiquettes de fromage ou des ins-



tructions pour mesurer la courbe des concombres!

Et pas besoin naturellement d'engager du personnel supplémentaire uniquement pour aider l'intellect défaillant des employés et de leurs chefs.

Qu'attendent les fameux présidents Sarkozy, Merkel ou Brown et Prodi. Zapatero ou Kaczynski, pour exiger un meilleur usage des deniers encaissés et dépensés sans aucune planification financière?

Genève fait la pige à Chicago

A la poste de Confignon, petit village sis presque sur la frontière française, un hold-up a eu lieu à 6h.30 ce matin 31 octobre, la caisse étant à son maximum de fin de mois. Quelques milliers de francs ont disparus devant la postière tétanisée, et les Français sont repartis tranquillement en France, traversant un poste de douane désafecté depuis le cadeau empoisonné des accords de Schengen. Les habitants critiquent le laxisme des autorités car cela devient de pire en pire. Mais ces habitants ne sont pas les seuls à se faire attaquer, pigeonner, bousculer, voler, détrousser. Un Marocain de 23 ans a volé un portable menaçant son propriétaire avec un couteau, deux Algériens de 21 et 22 ans ont volé dans un hôtel de centre-ville une valise contenant une montre de marque et des clés d'appartement. Dans le même temps, les journaux nous apprennent que les Roms mendient de plus en plus auprès des magasins, banques et églises et que des enfants de 8 à 10 ans non scolarisés parce que toujours en voyage, passent leur temps à faire la manche ou à crocheter des voitures quand ce ne sont pas des appartements. Reconduits à la frontière sans même avoir reçu au moins une bonne fessée, ils reviennent le lendemain. Si vous voulez déménager, ne choisissez pas Genève, ville sale, pleine de déchets, de crachats et de défécations canines. *Octopus*

Die süssesten Früchte fressen nur die grossen Tiere

und weil wir halt so klein sind...

scheint das Motto der Kleinparteien im neu gewählten nationalen Parlament zu sein und sie zu eklatanten Dummheiten zu verleiten. Ausnahmslos haben sie sich von den Gross-Parteien vereinnahmen lassen und behaupten dabei noch kühn, damit mehr Einfluss auf die politischen Beschlüsse zu haben, da ihnen damit voraussichtlich einige Kommissionssitze zugeteilt werden dürften. Gerade so, als ob sie deswegen Zünglein an der Waage spielen könnten und im Volk besser gehört würden. Tatsächlich aber ist es so, dass ihre Auftrittsmöglichkeiten im Schaufenster der Nation – im Plenum – massiv beschränkt werden. Kaum einer wird je seine spezifischen Probleme – als Fraktionssprecher – mit entsprechend langer Redezeit darlegen können. Keiner wird offiziell die Anliegen seiner Kleinpartei als Vertreter der Fraktion verteidigen dürfen. Und als Einzelredner werden sie sehr bald von

ihren Fraktionen diszipliniert werden, sollten sie häufig so auftreten, als wären sie unabhängig. Das gilt sowohl für den Vertreter der EDU wie auch der «Lega dei Ticinesi», die im grossen Haufen der SVP-Vertreter sang- und klaglos untergehen werden.

Die Grünliberalen und die beiden EVP-Vertreter verstärken der CVP ihren Besitzstand in den Kommissionen, werden aber ihr eigenes Profil nicht aufbauen können. Die CVP, die sich jetzt als Partei mit grüner Tendenz verkaufen will, findet damit in etwa zum Programm von 1971 zurück. Dieses Programm – damals wortreich angepriesen – haben sie sofort wieder verlassen, als zu dessen Realisierung wirtschaftspolitische Konsequenzen hätten gezogen werden müssen.

Erfreulich könnte es sein, wenn die Verbindung mit der EVP dem ökumenischen Gedankengut vermehrten Auftrieb geben würde. Die beiden – betont christlichen – Ge-

meinschaften täten in unserer heutigen Welt ohnehin gut daran, die alten Gräben zuzuschütten und das Gemeinsame über das Trennende zu stellen.

Erstaunlich, dass die Links-Grünen nicht nur dem «christlichen» Linksozialisten Hugo Fasel, sondern auch noch dem Kommunisten Josef Zisyadis Unterschulpf gewähren. Damit macht sich die Grüne Partei für die mehrheitlich bürgerlich denkende Schweiz völlig unglaubwürdig. Denn wer sich in Kenntnis der katastrophalen Folgen der kommunistischen Ideologie noch heute zum Kommunismus bekennen kann, muss von allen guten Geistern verlassen sein. Zudem – eben dieser Zisyadis hat sich mit seiner Politfarce gegen den Volksentscheid von Obwalden (Kant. Steuergesetz) als Verächter der Demokratie entlarvt. Und wenn nun die Mittelpartei der Grünen – offensichtlich nur wegen einiger weniger Kommissionssitze einen in der Wolle gefärbten

Kommunisten aufnimmt, disqualifiziert sie sich selbst. Nach ihren dummdreisten Beschlüssen, mit einem völlig unerfahrenen Ständerat «Recordon» den erfahrenen und bewährten Bundesrat Blocher stürzen zu wollen, ist diese Grüne Partei endgültig auf einen Machtkurs eingeschwenkt, der im Misserfolg enden wird. Sehr zum Schaden ihres unterstützungswürdigen Hauptanliegens einer ökologisch dominierten Politik.

Vernünftig wäre es gewesen, hätten sich die drei Grünliberalen mit dem EDU-Vertreter und dem Ligisten aus dem Tessin zu einer Fraktion zusammengefunden. Damit hätten sie nicht nur finanzielle Vorteile errungen; vor allem wäre allen drei Gruppen das nationale Podium bei allen Geschäften zur Verfügung gestanden. Politisch und propagandistisch gesehen haben diese Formationen eine unverzeihliche Dummheit gemacht. Uns kann es recht sein!

Valentin J. Oehen, e. Nationalrat

SD-Fusion im Berner Alpenraum

Die SD Berner Oberland sind im Moment an der aufwändigen Arbeit, die Amtsbezirke Thun, Nieder- und Obersimmental, Frutigen, Saanen, Interlaken und Oberhasli in einen Amtverband SD-Berner Oberland (SD-BeO) zu vereinen. Die betroffenen SD-Vorstände sehen in der Zusammenlegung spürbare Kosteneinsparungen im Büro- und Versandbereich. Eine effiziente Geschäftsführung soll zu-

dem gewährleisten, dass wichtige Anliegen aus dem Berner Oberland rasch von den Amtsträgern in den Räten vorgelegt werden können, so dass die Belange der Oberländer Bevölkerung auch in den betroffenen Amtsstuben merkbar gehört und bearbeitet werden. In diesem neuen, grösseren Verband werden auch die Nachwuchspolitiker nicht zu kurz kommen. Wir sind überzeugt, dass es richtig ist, die Chrapf der mittleren, und die

des fortgeschrittenen Alters mit jüngerem Blut zu entlasten und die Zukunft gemeinsam anzupacken. Die beauftragten Mitglieder der Sektionen wünschen nun der gesamten SD-Gemeinschaft: **wenns alte Jahr erfolgreich war, dann freue Dich aufs neue! Und wars schlecht – dann erst recht!**

In diesem Sinne: Gute Gesundheit und frohe Festtage!

Roland Schöni

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!

Nur Zeitungsabonnement

Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern

E-Post: sd-ds@bluewin.ch



Wichtige Mitteilung

Bezahlen Sie das Zeitungsabonnement 2008 bitte erst mit dem Einzahlungsschein, welcher Ihnen in den nächsten Tagen zugestellt wird.

Für Ihr Verständnis danken wir Ihnen zum voraus und wünschen Ihnen und den Familienangehörigen schöne Festtage und ein gutes neues Jahr.



SD-Geschenkabonemente

Ich übernehme hiermit _____ * Expl.

(*gewünschte Anzahl bitte einsetzen)

Geschenkabonement(e) für ein Jahr

- Ich überlasse die Wahl des Beschenkten der SD-Redaktion
- Ich wünsche als Empfänger eine sozial bedürftige Schweizer Familie
- Als Empfänger wünsche ich einen Jugendlichen
- Als Empfänger wünsche ich einen bedürftigen Rentner

Rechnungsanschrift:

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

SD 
Schweizer Demokraten